

Stadt Schorndorf

Niederschrift über die Verhandlung des Gemeinderats

öffentlich

vom 22. November 2012

Beginn: 18.02 Uhr

Ende: 23.06 Uhr

Zur Beurkundung:

Oberbürgermeister:

Stadträte/innen:

Stadträte/innen:

Schriftführer/in:

Normalzahl: 33

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Klopfer

Stimmberechtigtes Mitglied

Stadtrat Akgün

ab 18.05 Uhr

Stadträtin Olbrich

Stadtrat Reuster

Stadträtin Keller

Stadträtin Häffner

Stadträtin Pagano

Stadtrat Schlink

Stadtrat Völker

Stadtrat Thomä

Stadträtin Rapp

Stadtrat Schmid

Stadtrat Neher

Stadtrat Pesch

Stadtrat Mächtlen

Stadtrat Erdmann

Stadtrat Hofer

Stadtrat Nickel

Stadträtin Schilling

Stadtrat Dr. Klinger

ab 18.05 Uhr

Stadtrat Sombrutzki

Stadtrat Beutel

Stadtrat Härer

Stadtrat Schauz

Stadtrat Dobler

ab 18.21 Uhr

Stadtrat Böhringer

Stadtrat Kleinschmidt

Stadtrat Schanbacher

Stadträtin Zabler

Stadtrat Schwan

Stadtrat Dr. Keil

Stadträtin Gönnenwein

bis 20.45 Uhr

Beigeordnete

Erster Bürgermeister Reingruber
Bürgermeister Stanicki

Schriftführerin

Schnaberich-Lang

Mitglied der Verwaltung

Lenk-Holder

Marquardt-Lindauer

Dietrich

Englert

Koch

Bauer

Messerschmidt

Beier

Schultheiß

Schuck

Kuhn

Weger

Rathgeb

Herrmann

Schmidt (SWS)

bis 23.02 Uhr

Ulbrich

bis 22.35 Uhr

Schiele

bis 22.35 Uhr

Ortsvorsteher

Seemüller

bis 22.35 Uhr

Hoppe

bis 22.35 Uhr

Keitel

bis 22.35 Uhr

Mößner

bis 22.35 Uhr

Beck

bis 22.35 Uhr

Dobler

bis 22.47 Uhr

Teilnehmer der Stadtwerke

Seufer

Gäste

Dekan Unsinn und Vertreter der Kath. KG

bis 21.25 Uhr

Herr Mescher

bis 18.42 Uhr

Abwesend: (entschuldigt)

Stadtrat Berger

Tagesordnung

		Drucksache
1. Bürgerfragestunde		
- Baubeginn Neubau Kiga St. Markus		
- Uhlandstraße; Geh- und Radwege		
- Bodenrichtwerte		
- Stuttgart 21; finanz. Beteiligung Schorndorf		
2. Bekanntgaben		
3. Ergebnisse der Sommerakademie 2012 hier: Empfehlungen an den Gemeinderat	Entscheidung	TA 060/2012
4. Ausbau der Uhlandstraße im Abschnitt zwischen Schillerplatz und Hungerbühlstraße; Einrichtung eines Kreisverkehrs am Schillerplatz	Entscheidung	TA 061/2012
5. Situation der Kinderbetreuungseinrichtungen in der Nordstadt - Planungen zum Kath. Kindergarten St. Markus	Entscheidung	VSA 057/2012
6. Innensanierung Stadtkirche	Entscheidung	VSA 058/2012
7. Haushaltssatzung 2013 mit Haushaltsplan und Stellenplan, mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung sowie Wirt- schaftspläne 2013 der Eigenbetriebe Stadtwerke Schorndorf Bäderbetriebe, Zentrale Dienste Schorndorf und Stadtent- wässerung Schorndorf - 1. Lesung - Haushaltsreden der Fraktionen		
8. Teilsanierung und Ertüchtigung Brandschutz Künkelinrathaus	Entscheidung	TA 063/2012
9. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnü- gungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)	Entscheidung	VSA 048-1/2012
10. Bebauungsplan und Satzung über örtliche Bauvorschriften "Schecken-Urban" (Planbereich 19/24) - Flst. 1161/6 - beschleunigtes Verfahren gem. § 13a BauGB - Aufstellungsbeschluss - Zustimmung zur Planung	Entscheidung	TA 065/2012
11. Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit; Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion	Beratung	VSA 059/2012
12. Umbesetzung Mitglieder Zweckverband Wieslaufalbahn und Gemeinsamer Ausschuss der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schorndorf - Winterbach	Entscheidung	GR 031/2012
13. Anfragen		
- „Little Bird“; Zwischenbericht		

TOP 1 Bürgerfragestunde

OB K l o p f e r eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderats und begrüßt die Stadträtinnen und Stadträte, die Gäste im Zuhörerbereich sowie die Vertreter der Presse. Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit tritt er in die Tagesordnung ein und ruft als ersten Punkt die Bürgerfragestunde auf.

Baubeginn Neubau Kindergarten St. Markus

Eine Bürgerin fragt, wann mit dem Neubau des Kindergartens St. Markus begonnen werde.

OB K l o p f e r antwortet darauf, dass der Baubeginn insbesondere davon abhängt, wann die Kath. Kirche, sprich die Diözese Rottenburg-Stuttgart „grünes Licht“ für den Neubau und insbesondere ihren Finanzanteil gebe. Nähere Ausführungen folgten später bei TOP 5.

StR Dr. Klinger kommt
StR Akgün kommt

Uhlandstraße; Geh- und Radwege

Ein Bürger bittet darum, bei der Sanierung der Uhlandstraße auch an die Geh- und Radwege zu denken.

Bodenrichtwerte

Ein Bürger fragt, warum in der öffentlichen Bekanntmachung der Bodenrichtwerte die Innenstadt nicht erwähnt worden sei, worauf Herr B e i e r , Stadtplanungsamt, erwidert, dass es für den Kernbereich der Innenstadt keine Bodenrichtwerte gebe.

Stuttgart 21; finanz. Beteiligung Schorndorf

Ein Bürger erkundigt sich, wie sich die Stadt Schorndorf verhalten wolle, wenn es finanzielle Nachforderungen für Stuttgart 21 geben sollte.

OB K l o p f e r antwortet, dass in dem Fall der Schorndorfer Gemeinderat zu gegebener Zeit über dieses Thema zu beraten und zu entscheiden habe.

TOP 2 Bekanntgaben

OB K l o p f e r erklärt, er habe heute an dieser Stelle nichts bekannt zu geben.

OB K l o p f e r ruft die Drucksache TA 060/2012 auf und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den externen Moderator der Sommerakademie, Herrn Mescher. Bei ihm, den beteiligten städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Bürgerinnen und Bürgern, die sich bei diesem Projekt eingebracht haben, bedankt er sich herzlich, dass sie sich so aktiv eingebracht haben.

Herr M e s c h e r betont, dass er die Moderation vom 25. bis 27 Juli sehr gerne übernommen habe. Insgesamt 25 Personen hätten bei diesem Projekt mitgewirkt. Als Ergebnis seien am Ende sieben Empfehlungen an den Gemeinderat formuliert worden, die nun in die vorliegende Drucksache Eingang gefunden hätten. Besonders bedanken wolle er sich an dieser Stelle bei Frau Rathgeb für ihre Unterstützung. Er wolle Gemeinderat und Verwaltung heute noch zwei ganz persönliche Empfehlungen mit auf den Weg geben:

- a) Sie sollten sehr genau prüfen, für welche Quartiere ein Wettbewerb oder eine Mehrfachbeauftragung sinnvoll sein könnte. Das erhöhe erfahrungsgemäß die Qualität, erfordere aber eine sehr präzise Aufgabenstellung;
- b) Desweiteren sollten sie prüfen, an welcher Stelle bzw. für welches Quartier Zuschüsse nach dem Städtebauförderungsgesetz beantragt werden können.

OB K l o p f e r bedankt sich bei Herr Mescher und begrüßt an der Stelle noch den Ehrenbürger, Herrn Dr. Lempp und die sieben Ortsvorsteher/innen.

Herr B e i e r , Stadtplanungsamt, präsentiert an einem Übersichtsplan alle in der Drucksache genannten Bereiche und Areale. Zum Breuninger-Areal weist er darauf hin, dass darüber heute nicht beraten und auch keine Empfehlung dazu abgegeben werde.

StR Dobler kommt

OB K l o p f e r bedankt sich nochmals bei allen anwesenden Beteiligten.

StR M ä c h t l e n bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung, Herrn Mescher sowie allen Mitwirkenden für das gute gemeinsame Ergebnis. Daran müssten Verwaltung und Gemeinderat nun weiter arbeiten. Seine Fraktion wolle für das Areal „Maier am Tor“ und den Güterbahnhof auf jeden Fall ein Gesamtkonzept. Die bisherigen Mieter im Güterbahnhof müssten Ersatzräume mit vergleichsweise ebenso günstigen Mieten bekommen. Im Bereich der Post seien v.a. mehr Parkplätze erforderlich. Das Breuninger-Areal sollte aus Sicht der FDP/FW-Fraktion weiter mit SEPA bzw. der ACTIV-Group entwickelt werden. Zum ZOB rate man, diesen nicht zu verlegen, sondern umzugestalten und eine Verkehrsberuhigung für den Bahnhofsvorplatz vorzusehen.

StR V ö l k e r sieht die Sommerakademie und ihr Ergebnis auch als vollen Erfolg und bezeichnet die einstimmigen Empfehlungen als sehr gut. Die SPD-Fraktion stimme diesen zu und folge ihnen. Er

betont jedoch, dass die Stadt im Zweifel natürlich nur da schnell tätig werden könne, wo ihr das Gelände gehöre. Für das Areal „Maier am Tor“ könnte er sich einen Ideen-Wettbewerb vorstellen. Eine solche Sommerakademie könne gerne einmal wieder in dieser Form stattfinden.

StR D o b l e r bekundet die Zustimmung der CDU-Fraktion. Einziger strittiger Punkt sei die Idee, die Stadtbücherei ins Quartier „Maier am Tor“ zu verlegen. Insgesamt lobt er die Sommerakademie als ein sehr gutes Verfahren, insbesondere auch die Beteiligung eines externen Moderators und von Herrn Braune (Kreisbau), der sehr wertvolle Anregungen gegeben habe.

StR S c h l i n k widerspricht der Darstellung in der Drucksache, die Lokale Agenda wolle eine Vollsperrung zwischen der Rosenstraße und der Bahnhof-/Karlstraße. Das sei so nicht richtig, weshalb er diese Formulierung nicht mittragen könne.

StR N e h e r betont, es sei wichtig, die Innenstadt zu stärken. Seiner Meinung nach müsse der Güterbahnhof schnell saniert werden, als Anstoß und Startsignal. Folgen sollte dann das Areal „Maier am Tor“. Bezüglich einer neuen Stadtbücherei sei er noch unsicher. Einen großen Wurf brauche man für die Bahnhofssüdseite, samt einem Verkehrskonzept für diesen Bereich. Als großes Problem sehe er die unklaren Eigentumsverhältnisse am Bahnhof. Hier sollte die Stadt versuchen, Flächen zu kaufen.

OB K l o p f e r meint, insgesamt beobachte er in Schorndorf eine extrem positive Entwicklung. Es tue sich einiges und die Verwaltung arbeite intensiv, z.B. auch an einer optimalen Folgenutzung für das Geschäftshaus „Herrenmode Veil“.

Nachdem es aus den Reihen des Gremiums keine weiteren Wortmeldungen dazu gibt, lässt OB K l o p f e r über den Antrag aus der Drucksache TA 060/2012 (ohne Areal ehemalige Lederfabrik Breuninger) abstimmen.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	32
Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0
Befangen:	0

Den Empfehlungen der Sommerakademie wird (ausgenommen für das Areal der ehemaligen Lederfabrik Breuninger) zugestimmt. Konkrete Umsetzungen stehen jeweils unter dem Vorbehalt des einzelnen Haushaltsplanjahres, dessen jeweilige Leitprojekte jährlich der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung definiert.

TOP 4 Ausbau der Uhlandstraße im Abschnitt zwischen Schillerplatz und Entscheidung
Hungerbühlstraße; Einrichtung eines Kreisverkehrs am Schillerplatz

OB K l o p f e r ruft die Drucksache TA 061/2012 auf und schickt voraus, das Thema sei zwar wichtig, aber nicht das wichtigste Thema in der Stadt. Unabhängig vom Ausgang des Petitionsverfahrens habe das Team beim Tiefbauamt / im Baudezernat für die heutige erneute Beratung insgesamt fünf Planungsvarianten erarbeitet, mit ihren Vor- und Nachteilen intensiv diskutiert und bewertet. Dafür danke er den Mitarbeitern, insbesondere Herrn Schuck und Herrn Herrmann. Ergebnis sei, dass die Verwaltung heute in ihrem Beschlussantrag mit der vorliegenden Variante 5 einen „klassischen“ Kompromiss vorschläge, auch wenn die Petition gegen den GR-Beschluss der vorliegenden Variante 1 vom 27.10.2011 inzwischen vom Petitionsausschuss abschlägig entschieden worden sei. Er habe die Bitte an die Mitglieder des Gemeinderats, heute endgültig über den Ausbau der Uhlandstraße zu entscheiden und damit festzulegen, ob Variante 1 oder Variante 5 realisiert werden solle. Sowohl die Ratsmitglieder, als auch die Bürgerinnen und Bürger, bitte er, diese heutige Entscheidung als gute Demokraten dann auch zu akzeptieren.

Herr S c h u c k , Tiefbauamt, erklärt, die vom GR am 27.10.2011 beschlossene Ausbau-Variante 1 sei nach Ablehnung der Petition selbstverständlich unverändert aktuell und eine mögliche Option. Die Verwaltung habe die Umsetzung unabhängig vom Ausgang des Petitionsverfahrens weiter vorangetrieben, gleichzeitig aber neue Mitarbeiter des Tiefbauamtes, u.a. seinen Stellvertreter, Herrn Herrmann, einen sehr erfahrenen Straßenplaner, ganz offen und ohne Berücksichtigung der „Vorgeschichte“ Planungsvarianten erarbeiten lassen. Ziel: Bestmögliche Lösung für alle Verkehrsteilnehmer. Der Vergleich der neuen Varianten in der Bewertungsmatrix (Anlage 6) zeige, dass diese bestmögliche Lösung aus Sicht der Verwaltung die Variante fünf sei. Grundvoraussetzung sei die Festlegung, ob in der Uhlandstraße künftig Tempo 30 oder Tempo 50 gelten solle. Wegen der vielen Grundstückszufahrten, der Einmündung Löwenseestraße und der Fußgängerüberwege, empfehle die Verwaltung heute klar, dass nicht schneller als mit einer Geschwindigkeit von 30 km/h gefahren werden sollte. Für den Verkehrsfluss, die Funktionalität und Leistungsfähigkeit der Uhlandstraße brächte dies keine Einbuße. Die theoretisch längere Fahrzeit von 16 Sekunden, sei in der Praxis kaum bemerkbar.

Herr H e r r m a n n , Tiefbauamt, stellt sich kurz vor, er arbeite seit Juli 2012 bei der Stadt Schorn-dorf und könne bereits 12 Jahre Erfahrung als Straßenplaner vorweisen. Zunächst erläutert er nochmals die Planungsvariante 1, bevor er die neuen Planungsvarianten mit ihren Vor- und Nachteilen im Detail vorstellt. Er betont, für den Begegnungsverkehr von Lkws und Bussen werde eine Fahrbahnbreite von 6,50 Metern voll benötigt. Die in den Anlagen zur Drucksache dargestellten Bäume mit grünem Umriss könnten aufgrund der Lebensprognosen aus den Baumgutachten erhalten werden. Die Bäume mit rotem Umriss nicht, wobei sich die Verwaltung vorstellen könnte, von den vier Bäumen mit 50-jähriger Prognose noch zwei weitere, als hier jetzt dargestellt, zu erhalten.

Herr S c h u c k stellt noch einmal Tempo 30 und Tempo 50 gegenüber und versichert, im Falle einer Realisierung der Variante fünf, werde die Verwaltung grundlos keinen einzigen Baum fällen, sondern in der Feinplanung und Umsetzungsphase nochmals genau prüfen, welche Bäume ggf. noch

erhalten werden könnten. Natürlich könne niemand zu 100 % voraussagen, was mit den Bäumen, die man erhalte, in 20 oder 30 Jahren werde. Alle Gutachter hätten jedoch übereinstimmend erklärt, dass ein Teilerhalt der Bäume den Vorteil habe, dass zu keiner Zeit ein totaler Kahlschlag nötig sein werde. Er erinnert, bei Realisierung der Variante 1 könnten in der Uhlandstraße 9 Parkplätze entstehen. Bei Realisierung der Variante 5 könnten sogar 13 Parkplätze geschaffen werden. Die Buskaps seien bei beiden Varianten gleich, genauso wie die Kosten mit veranschlagten rd. 585.000,- Euro. Zum geplanten Kreisverkehr Schillerplatz führt Herr Schuck aus, dass die Verwaltung vorhabe, Ende November 2012 einen provisorischen Testbetrieb einzurichten. Der weitere Zeitplan zum Ausbau der Uhlandstraße sehe vor, die Tiefbauarbeiten im Gemeinderat am 21. März 2013 zu vergeben und dann im April 2013 mit den Baumaßnahmen zu beginnen, damit im August 2013 alles fertig sei.

BM S t a n i c k i weist ebenfalls darauf hin, dass die Verwaltung die Wintermonate für Feinplanung und Ausschreibung nutzen werde.

StR R e u s t e r erklärt, die Variante 5 überzeuge aus vielerlei Gründen. Bei Tempo 30 „schwämmen“ die Radfahrer viel besser im Verkehr mit. Außerdem sei der Erhalt vieler Bäume möglich. Variante 1 sehe er als ganz nüchterne Planung für ein Stück Straße, während Variante 5 für ihn eine rundum stimmige Konzeption darstelle. Alle Verkehrsteilnehmer könnten sich bei Variante 5 auf Augenhöhe begegnen und sie biete dadurch auch Anreize, mehr zu Fuss oder mit dem Rad zu erledigen. Es gehe hier nicht um „Variante 5 = gut“ contra „Variante 1 = böse“, sondern um die Frage, ob man ein Konzept umsetzen wolle oder eine „pure“ Straße.

StR N e h e r erinnert an die lange (Vor-)Geschichte der „Uhlandstraßendebatte“. Nach dem Vorschlag der Verwaltung, alle Linden zu fällen, hätten die GRÜNEN privat einen Baumgutachter beauftragt und bezahlt. Variante 5 sei ein Kompromiss, mit dem seine Fraktion leben könne. Der Erhalt vieler Linden, sei damit möglich, was sehr zu begrüßen sei. Er lobt die bereits vorliegende, detaillierte Feinplanung, in die alle Ein- und Ausfahrten aufgenommen seien und plädiert dafür, den Kreisverkehr am Schillerplatz – vorausgesetzt die Testphase sei erfolgreich – gleich mit dem Ausbau der Straße herzustellen.

StR B e u t e l verweist darauf, dass auch in den Ausführungen des Petitionsausschusses die lange (Vor-)Geschichte der Uhlandstraße beschrieben sei und versichert, dass die Ausbauplanung in der CDU-Fraktion mehrfach sehr intensiv diskutiert und abgewogen worden sei. Vorteile der Variante 1 seien der extra Radweg auf der einen und der Schutzstreifen für Radler auf der anderen Straßenseite. Diese Lösung sei für Radfahrer klar die sicherste, egal ob Tempo 50 oder Tempo 30 gelte. Auch bei Variante 1 könnten die Pflanzringe der neuen Bäume so eingepasst werden, dass die Grundstückszufahrten nicht behindert seien. Krummhaarstraße und Uhlandstraße seien nun einmal Hauptsammelstraßen für die Wohngebiete in der Südstadt und auch für den Verkehr aus Richtung Schlichten, was u.a. der Schlichtener Straße eine Entlastung bringe. Die CDU-Fraktion wolle, dass diese „Sammelfunktion“ der Straßen erhalten bleibe. Eine Untersuchung der LUBW vom Oktober 2012 belege im Übrigen, dass ein niedrigeres Tempo nicht weniger Lärmbelastung bedeute. Für ihn sei klar, dass bei der von der Verwaltung jetzt favorisierten Variante 5 der Erhalt möglichst vieler Bäume Vorgabe gewe-

sen sei, wobei die CDU eine Neupflanzung der Bäume in der Uhlandstraße als gleichwertige Option betrachte. Die Chance, dass die neuen Bäume in speziellen Baumquartieren wie bei Variante 1 besser anwachsen, sei aus seiner Sicht sogar größer, als bei einzelnen Ersatzpflanzungen, wie in Variante 5 vorgesehen. Er persönlich habe deshalb kein Problem damit, bei Variante 1 zu bleiben und damit eine Fällung und Neupflanzung aller Bäume zu befürworten. Er empfinde viele Argumente gegen Variante 1 als an den Haaren herbeigezogen. Für die Fußgänger seien die Varianten 1 und 5 auf jeden Fall gleich gut. Für die CDU-Fraktion stelle er hiermit den abweichenden **Ä n d e r u n g s a n t r a g** zu II. Nr. 1 der Vorlage, der Gemeinderat solle seinen Beschluss vom 27.10.2011 bestätigen, d.h. dem Ausbau der Uhlandstraße (Baubeschluss) gemäß der in der Anlage beiliegenden Variante 1 erneut zustimmen. Schließlich fragt StR Beutel OB Klopfer, über welche Variante er später zuerst abstimmen lasse, bevor er sich an StR Reuster wendet, er solle in seinen Äußerungen auf falsche Beschuldigungen verzichten und nicht meinen, er müsse als Nachrücker Ratsmitglieder, die sich im Gemeinderat seit vielen Jahren sehr engagiert einbrächten, mit schlaun Hinweisen belehren. Im Schorndorfer Gemeinderat sei ein Paradigmenwechsel ebenso unnötig, wie „rote“ Ideologien.

OB K l o p f e r erklärt, er werde entsprechend der Geschäftsordnung des Gemeinderats bei II. Nr. 1 zuerst über den abweichenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion, d.h. Ausbau gemäß Variante 1 abstimmen lassen.

StR E r d m a n n meint, der neue Straßenplaner beim Tiefbauamt kenne offenbar die Uhlandstraße nicht. Der Ausbau dieser Straße sei leider zwischenzeitlich zu einer politischen und ideologischen Frage geworden. Die „Baumschützer“ hätten ja auch alle Register gezogen, wobei man wissen müsse, dass nur zwei der Unterzeichner der Petition selbst in der Uhlandstraße wohnten. Bei den meisten Gegnern der Variante 1 handle es sich um Menschen, die so ziemlich gegen alles seien und die keine demokratisch getroffenen Entscheidungen akzeptieren könnten. OB Klopfers Kehrtwende zu Variante 5 empfinde er als ärgerlich und peinlich, weil er damit Gefahr laufe, sich bei seinem Votum dem Vorwurf der Beliebigkeit auszusetzen. Auch die Kehrtwende der mit dem Vorgang befassten Amtsleiter sei ihm unverständlich. Hier gelte wohl die Richtschnur: „his masters voice“. Vom Gemeinderat habe es jedenfalls nie den Auftrag an die Verwaltung gegeben, neue Planungsvarianten zu erarbeiten. Die vorliegenden schriftlichen Ausführungen des Petitionsausschusses bestätigten in allen Teilen voll die aktuelle Beschlusslage, d.h. Variante 1. Gegen Variante 5 spreche z.B., dass ein Gefälle zu den Anliegern entstehe, verbunden mit der Gefahr von Wasserschäden bei Starkregen. Zudem wucherten die Wurzeln der bestehenden Linden weiterhin im Gehwegbereich, etc. Er zitiert aus den Argumenten des Petitionsausschusses zum Thema Gehwege und merkt zu den Bäumen an, Variante 1 bedeute, dass 26 neue Bäume mit genügend Platz in eigenen Wurzelquartieren wachsen und so erneut eine schöne Allee entstehen könne. Bei einem Teilerhalt der Bäume, wie bei Variante 5 geplant, sei doch von einem Alleecharakter keine Spur mehr vorhanden. Er verweist darauf, dass die örtliche Lokale Agenda Gruppe ausdrücklich eine Entflechtung und Trennung von Rad- und Autoverkehr in der Stadt empfehle. 80 % der Unfälle, an denen Radfahrer beteiligt seien, passierten auf der Straße. Jetzt bei Variante 5 auf markierte Radstreifen zu verzichten, halte er für geradezu fahrlässig. Zwei Busse im Begegnungsverkehr bräuchten auf jeden Fall 6,30 Meter Fahrbahnbreite. Eine Engstelle mit einer Breite von lediglich 5,50 Metern sei für seine Fraktion nicht akzeptabel. Tempo 30 in der Uhlandstraße werde den

Verkehrsanforderungen dort nicht gerecht, zumal auch der Petitionsausschuss klar eine „Sammler- und Ventulfunktion“ u.a. für den Verkehr aus Richtung Schlichten gesehen und festgestellt habe. StR Erdmann kritisiert, die Verwaltung widerspreche heute allem, was sie in ihrer Stellungnahme an den Petitionsausschuss geschrieben habe. Er könne nur das Fazit ziehen, dass Variante 5 keine Vorteile habe, weshalb sich die FDP/FW-Fraktion dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion, den Beschluss der Variante 1 heute nochmals zu bestätigen anschließen, weil sie die dauerhaftere und nachhaltigere Lösung sei. Er prophezeit, bei Variante 5 müsse man wegen der Wurzeln alle zwei Jahre den Gehweg sanieren. Viele Anwohner der Uhlandstraße hätten sich bei ihm gemeldet und sich für Variante 1 ausgesprochen. Die neuen Bäume sollten bei der Pflanzung aber bereits auf jeden Fall einen Stammdurchmesser von 25 bis 30 Zentimetern haben. Dem Antrag II. Nr. 2 der Verwaltung zum Kreisverkehr Schillerplatz werde die FDP/FW-Fraktion zustimmen.

OB Klopfer wirft StR Erdmann vor, er unterstelle der Verwaltung, sprich fünf erfahrenen Ingenieuren bei Variante 5 eine „grob fahrlässige Planung“. Herr Herrmann habe sieben Jahre bei einem renommierten Ingenieurbüro gearbeitet, von der langjährigen Erfahrung und Ortskenntnis von Herrn Schuck ganz zu schweigen. Die neuen Planungsvarianten seien ihm erstmals am 24.10.12 vorgestellt worden. Deren Bewertung und Beurteilung habe ihn sehr beschäftigt und aus guten Gründen zu einer anderen Einschätzung geführt. Er erinnert auch daran, dass ihm anfangs, im Jahr 2009, ursprünglich eine Lösung mit einem Erhalt der Bäume lieber gewesen wäre. Den gegen ihn und BM Stanicki gerichteten Vorwurf, sie würden auf ihre Amtsleiter und Mitarbeiter Druck ausüben, sich entgegen ihrer eigenen Überzeugungen zu äußern, finde er unerträglich, genauso wie den furchtbaren Vorwurf, hier „grob fahrlässige“ Planungen vorzulegen. Solch ein Umgang, wie in letzter Zeit auch bei anderen strittigen Themen, sei nicht fair. Gegenüber dem Petitionsausschuss habe man sich viel früher und ganz korrekt zum bisherigen Verfahren und der Beschlusslage geäußert. Aber auch eine solche Stellungnahme hindere niemanden daran, jeden Tag klüger zu werden.

StR Härrer fordert, wer weiterhin an der Variante 1 festhalten wolle, sollte nicht in die „böse Ecke“ gestellt werden. Wohl niemand opfere diese Linden gerne. Gremienarbeit sei und bleibe ein Abwägungsprozess und die CDU-Fraktion sei nach Abwägung der vorgelegten Varianten unverändert der Auffassung, dass die Variante 1 die bessere sei. Variante 1 verursache keine Folgekosten und keine Unebenheiten, die bei Variante 5 bestehen blieben. Unabhängig von der zulässigen Geschwindigkeit werde es in der Uhlandstraße wegen des Schulzentrums immer einen starken Bus- und Radverkehr geben. Ein abgesetzter Radweg wie in Variante 1 sei deshalb viel sicherer, weil die Schüler sonst weiterhin auf der Straße im Pulk führen. Die Befürworter der Variante 1 akzeptierten im Übrigen sogar, dass es nachher in der Uhlandstraße weniger Parkplätze gebe, als bei Variante 5. Für formal fragwürdig halte die CDU-Fraktion den Zeitpunkt der heutigen erneuten Behandlung im Gemeinderat. Zu prüfen wäre, ob die 6 Monatsfrist, die verstrichen sein müsste, ggf. während des Petitionsverfahrens geruht habe und erst nach deren Ablehnung weitergelaufen sein könnte. Offenkundig sei die Verwaltung mit dem Beschluss vom Oktober 2011 nicht glücklich gewesen und er habe deshalb schon ein wenig den Eindruck, dass man bzgl. der Uhlandstraße so lange abstimmen lasse, bis es passe. Auch aus diesem Grund halte er es für nötig, dass der Gemeinderat heute auch zum Verhalten der Verwaltung deutliche Worte finde. Er persönlich habe jedenfalls Zweifel, dass die Variante 5 dem Mehrheitswillen

der Bürger entspreche. Wenn hier im Saal öffentlich Druck aufgebaut werde, müssten auch emotionale Redebeiträge möglich sein. Es gehe heute auch darum, wie verlässlich Entscheidungen des Schorndorfer Gemeinderats seien.

OB Klopfer erwidert darauf, wie sich sicher alle erinnern könnten, habe er sich u.a. beim Neujahrsempfang 2012 nicht gescheut, sich bei den Uhlandstraßen-Petenten „unbeliebt“ zu machen und mit seiner Kritik an ihnen klar Position bezogen. Er habe auch nicht das Petitionsverfahren verzögert, sondern sogar beim Petitionsausschuss Druck gemacht, damit der beschlossene Ausbau schnellstmöglich realisiert werden könne. OB Klopfer versichert, von ihm habe es keinen Auftrag ans Tiefbauamt gegeben, neue Planungsvarianten zu erarbeiten. Ihm seien die Varianten, wie bereits ausgeführt, am 24.10.2012 erstmals vorgestellt worden. Dass sich die Verwaltung, d.h. die zuständigen Ämter, mit dem interfraktionellen Antrag vom 19.09.2012 auf erneute Behandlung befassen mussten, sei aber doch ganz klar und eine Selbstverständlichkeit.

StR Thomä fordert, man sollte hier nicht denjenigen, die einen Erhalt der Linden wollten, unterstellen, einer „lautstarken“ Minderheit gefallen zu wollen. Es gehe hier sowohl um Verkehrsfragen, als auch um Umweltfragen. Für Tempo 30 votiere er, weil viele Verkehrsuntersuchungen gezeigt hätten, dass es für Radfahrer am sichersten sei, bei dieser Geschwindigkeit auf der Fahrbahn im Verkehr „mitzuschwimmen“. Tempo 30 in allen Wohn- und Nebenstraßen wäre deshalb aus seiner Sicht das Optimum für alle Verkehrsteilnehmer. Die aktuellen Baumgutachten sprächen gegen eine Fällung aller Linden, zumal der „Erfolg“ einer kompletten Neupflanzung sehr fraglich und zweifelhaft sei, weil Untersuchungen belegten, dass 20-30 % aller Neupflanzungen die ersten Jahre nicht überstünden. Deshalb sei es nicht nur für das örtliche Kleinklima viel besser, möglichst viele dieser alten, ökologisch besonders wertvollen Linden stehen zu lassen. Die durchschnittliche Lebensdauer von Straßenbäumen in Baden-Württemberg betrage 29,7 Jahre. Ein neuer Baum erreiche die CO²-Bilanz eines alten Straßenbaums erst nach 25 Jahren. Er fasst zusammen, die Bewertungsmatrix (Anlage 6) zeige ganz deutlich, dass Variante 5 im Vergleich zu Variante 1 einfach die bessere und deshalb genau die richtige für den Ausbau der Uhlandstraße sei.

StRin Häfner wendet sich zunächst an StR Beutel, sie habe sich im Laufe der bisherigen Debatte geärgert, dass OB Klopfer und der Verwaltung platte Vorwürfe gemacht wurden, sie würden sich das so „hindeichseln“ wie sie es brauchten. Diese Kritik und die Unterstellungen seien vor allem eine Ohrfeige für die neuen Mitarbeiter, die erfreulicherweise von sich aus neue Ideen, Ansätze und Potenziale eingebracht hätten. Sie könne nur loben, dass die Verwaltungsspitze dafür offen sei und danke Herrn Herrmann ausdrücklich für sein Engagement. StR Erdmann fordert sie auf, auch andere Meinungen auszuhalten und nicht OB Klopfer zu drohen, welche Auswirkungen sein Abstimmungsverhalten haben könnte. In seinem Redebeitrag habe er eine sachliche Ebene weit hinter sich gelassen. StR Härer hält sie vor, sie habe von der CDU-Fraktion noch nie ein Wort zum Erhalt der Bäume gehört. Auch seine Vorwürfe an die Verwaltung seien absolut absurd. Im Übrigen sei sie froh, dass sich die Bürger dafür interessierten, was hier in der Uhlandstraße passieren solle. Die Offenheit, in eine Entscheidung auch Argumente im Hinblick auf die „Wertigkeit für die Natur“ einzubeziehen, gehe in diesem Fall der CDU-Fraktion und der FDP/FW-Fraktion völlig ab.

StR V ö l k e r wirft beiden Lagern vor, man könne meinen, in Schorndorf gehe die Welt unter, wenn die Variante der „Gegenseite“ realisiert werde und weist darauf hin, dass er den interfraktionellen Antrag nicht unterschrieben habe. Denkverbote für die Verwaltung seien aber völlig inakzeptabel. Für die Mitarbeiter beim Tiefbauamt sei doch die Realisierung der Variante 5 die viel schwierigere Aufgabe. Im Grunde gehe es aus seiner Sicht bei der Entscheidung darum, welche Funktion die ausgebauten Umlandstraßen in Zukunft hauptsächlich erfüllen solle: a) die Funktion Sammelstraße oder b) einen Beitrag zur Verkehrsberuhigung leisten. Er fordert, jetzt abzustimmen. Die Mehrheit entscheide.

StR E r d m a n n betont, er habe OB Klopfer nicht bzgl. möglicher Konsequenzen seines Abstimmungsverhaltens gedroht, sondern nur gefragt, ob er einen viermaligen Wechsel Ausbauvarianten, die von der Verwaltung vorgeschlagen werden, verantworten könne. Nach seiner Kenntnis könne man bei einer Neupflanzung von Bäumen, vom Lieferanten eine „Anwuchsgarantie“ einfordern. Mit dem Festhalten an Variante 1 wolle er in zweierlei Hinsicht Schaden von der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern abwenden. Zum einen gehe es ihm um die Vermeidung von Folgekosten, zum anderen um maximale Sicherheit für die Radfahrer, insbesondere die Schüler. Der Vorwurf, er gehe „in letzter Zeit“ unfair mit OB Klopfer bzw. der Verwaltung um, stimme nicht. Aus seiner Sicht werde diese Auseinandersetzung ihr bisher gutes Verhältnis nicht belasten.

OB K l o p f e r versichert nochmals, er habe bis zu seinem Sommerurlaub alles in seiner Macht stehende getan, um den Ausbau der Umlandstraße gemäß dem GR-Beschluss vom 27.10.2011 so rasch wie möglich umzusetzen und dies auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern stets gerechtfertigt. Zu einem Überdenken der Variante 1 und dem heutigen Vorschlag, die Variante 5 zu realisieren, sei es erst ab dem 24.10.2012 gekommen, als ihm mit den neuen Varianten auch völlig neue Argumente präsentiert worden seien.

StR B e u t e l merkt zu StR Thomäs Ausführungen an, es gebe heute fast zu jedem Sachverhalt und jeder Fragestellung eine Vielzahl an Gutachten, mit den unterschiedlichsten Ergebnissen, die sich dann jedes Lager für seine Positionen auswählen könne. Ohne Zweifel sei natürlich auch die bauliche Ausführung bei einem Teilerhalt der Bäume schwieriger. Herrn Herrmann wünsche er für seine Tätigkeit bei Tiefbauamt alles Gute. So eine „Feuertaufe“ im Gemeinderat härte ab.

StRin Z o b l e r bekennt, es tue ihr in der Seele weh, wenn gesunde Bäume gefällt würden. Trotzdem müsse sie heute der Variante 1 zustimmen, weil ihr in der Abwägung die Sicherheit der Kinder wichtiger sei als der Erhalt der Bäume. Sie wolle die Lösung mit einem separaten Rad- und Gehweg.

StR D r. K l i n g e r bittet die Verwaltung, den Ausbau der Umlandstraße -egal was heute beschlossen werde- so schnell wie möglich umzusetzen. Der Zustand dieser Straße sei eine Katastrophe. Beide Varianten seien sachlich begründbar.

OB K l o p f e r sagt zu, dass der Ausbau der Umlandstraße schnellstmöglich umgesetzt werde.

StR H o f e r vermutet, dass die meisten Ratsmitglieder ihre Meinung bzw. ihren Entschluss schon vorher gefasst hätten. Er bleibe bei seiner Meinung vom 27.10.2011, d.h. Variante 1, u.a. weil er tagtäglich die wichtige Funktion der Uhlandstraße für den Verkehr in Schorndorf sehe, die so erhalten werden müsse. Auch er plädiere dafür, in den Vertrag mit dem Lieferanten der neuen Bäume eine „Anwuchsgarantie“ aufzunehmen.

Herr S c h u c k macht nochmals deutlich, dass er Variante 5 für die dauerhaft beste Lösung halte und ganz persönlich auch bei Variante 1 aus Sicherheitsgründen für eine geringere Fahrbahnbreite wäre. Erst mit der Option Tempo 30, die seine Straßenplaner untersucht hätten, seien auch für ihn ganz neue sachliche Aspekte und Lösungsansätze ins Blickfeld gerückt.

EBM R e i n g r u b e r erklärt, die Verwaltungsspitze habe im Antrag dieser Drucksache Variante 5 vorgeschlagen, weil sie den besten Kompromiss darstelle. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 sei bei Variante 5 auf jeden Fall notwendig. Er betont, sachlich und fachlich vertretbar seien beide Lösungen, Variante 1 und Variante 5. Wichtig sei, dass heute eine endgültige Entscheidung getroffen werde, damit man zügig ausschreiben und realisieren könne, um von den derzeit günstigen Preisen der Tiefbaubranche zu profitieren.

Nachdem es aus den Reihen des Gremiums keine weiteren Wortmeldungen dazu gibt, lässt OB K l o p f e r zunächst über den nachfolgenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP/FW-Fraktion zu II. Nr. 1 abstimmen:

1. Bestätigung des GR-Beschlusses vom 27.10.2011, d.h. erneute Zustimmung zum Ausbau der Uhlandstraße (Baubeschluss) gemäß der in der Anlage beiliegenden Variante 1.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t mehrheitlich:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	32
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	13
Stimmenthaltungen:	1
Befangen:	0

1. Bestätigung des GR-Beschlusses vom 27.10.2011, d.h. erneute Zustimmung zum Ausbau der Uhlandstraße (Baubeschluss) gemäß der in der Anlage beiliegenden Variante 1.

Anschließend lässt OB K l o p f e r über den Antrag II. Nr. 2 aus der Drucksache TA 061/2012 abstimmen.

Der Gemeinderat **b e s c h l i e ß t** einstimmig, bei einer Enthaltung:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	32
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1
Befangen:	0

2. Zustimmung zur Einrichtung eines Kreisverkehrs am Schillerplatz, wobei dieser nur dann eingerichtet wird, wenn ein vorheriger provisorischer Testbetrieb erfolgreich verlaufen ist. Dieser ist in der Zeit von November 2012 bis zum Baubeginn 2013 vorgesehen.

OB **K l o p f e r** unterbricht die öffentliche Sitzung des Gemeinderats für eine Pause von 10 Minuten.

StRin **G ö n n e n w e i n** geht

<u>TOP 5</u>	<u>Situation der Kinderbetreuungseinrichtungen in der Nordstadt - Planungen zum Kath. Kindergarten St. Markus</u>	<u>Entscheidung</u>
--------------	---	---------------------

OB **K l o p f e r** ruft die Drucksache VSA 057/2012 auf und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dekan Unsin und weitere Vertreter der Kath. Kirchengemeinde. Außerdem weist er auf den ausliegenden Antrag der SPD-Fraktion zu diesem TOP mit folgendem Wortlaut hin:

Die SPD-Fraktion beantragt, den Antrag der Stadtverwaltung (Nr. II der Drucksache) durch den Punkt 3 mit folgendem Text zu ergänzen:

3. Die Stadtverwaltung prüft gemeinsam mit dem Träger des Kindergartens St. Markus die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Konzeption des Kindergartens zu einem Stadtteil- und Familienzentrum Nordstadt.

EBM **R e i n g r u b e r** leitet in den Sachverhalt ein und führt die Ziele, Kosten und den Zeitplan genauer aus. 70% der Kosten des geplanten Neubaus, d.h. 1,75 Mio. €, übernehme nach dem Kindergartenvertrag mit der Kath. Kirchengemeinde die Stadt. Man sei froh, dass die Kirchengemeinde die Initiative ergriffen habe und das Projekt angelaufen sei. Dieser neue Kindergarten werde ein Leuchtturmprojekt für die Erlensiedlung. Zentrales Ziel der Stadt sei die Verbesserung der Betreuungssituation. Hier biete sich die Chance einer guten Durchmischung. Er bedankt sich herzlich bei Dekan Unsin und den Mitgliedern des Kirchengemeinderates und freut sich auf den weiteren gemeinsamen Weg.

Dekan **U n s i n** erklärt, dass der Neubau ein fünfgruppiger Kindergarten werde sei politischer Wille. Man komme mit der fünften Gruppe der Stadt aber gerne entgegen, weil es den Bedarf gebe. Er sehe das Vorhaben auf einem guten Weg, auch bei der Diözese. Unter einem Kindergarten als Familienzentrum verstehe die Kath. Kirchengemeinde insbesondere pädagogische Begleitung, soziale Hilfe und Bildungsangebote für die Eltern. Bezüglich des Antrags der SPD-Fraktion stelle sich die Frage,

wer für Zusatzangebote mit weiteren Partnern zahle. Darüber müsse man reden. Grundlage für die Gespräche mit der Diözese und der Stadt sei bisher rein eine fünfgruppige Kinderbetreuungseinrichtung.

StR S c h m i d bedankt sich bei der Kath. Kirchengemeinde und erläutert den Ergänzungsantrag der SPD zum Thema Stadtteil- und Familienzentrum Nordstadt. Es gebe viele positive Beispiele solcher Familienzentren, u.a. in Offenburg. Solch ein Zentrum stärke die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Gruppen.

StR S o m b r u t z k i dankt Dekan Unsin für das Konzept der Kath. Kirchengemeinde. Seine Fraktion habe sich intensiv mit dem Kindergarten St. Markus befasst und es freue ihn persönlich sehr, dass die Kirchengemeinde derart Flagge zeige. Zum Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion merkt er an, er halte es für schlechten Stil, diesen ohne vorherige Rücksprache mit der Kath. Kirchengemeinde zu stellen.

StR N i c k e l bekundet im Namen der FDP/FW-Fraktion die Zustimmung zum Antrag der Verwaltung und beschwichtigt, dass der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion nur ein Prüfauftrag sei und kein Grund zur Aufregung. Allerdings müsse die Kath. Kirchengemeinde dem grundsätzlich zustimmen und es dürften keine Folgekosten an der Stadt hängenbleiben.

StRin H ä f f n e r bedankt sich ebenfalls bei der Kath. Kirchengemeinde für ihre Initiative. Die GRÜNEN stimmten dem Verwaltungsantrag ebenfalls zu. Sie fragt Dekan Unsin, ob er schon positive Signale aus Rottenburg habe und betont, auch sie halte im Kindergarten sozialpädagogische Arbeit für die ganze Familie für sehr wichtig. Der Prüfauftrag der SPD-Fraktion sei deshalb für sie in Ordnung. Man sollte diese Idee nicht schon im Vorfeld kaputt machen, sondern alle Vorschläge sammeln, prüfen und dann entscheiden.

StR V ö l k e r weist darauf hin, dass StR Schmid diese Idee erst in der Fraktionssitzung vor zwei Tagen eingebracht habe und daraus dann der Prüfantrag formuliert worden sei. Es gehe doch nur um eine gute Idee.

StR B e u t e l erwidert darauf, dass die CDU-Fraktion die Vorgehensweise ablehne und daher auch den Antrag der SPD-Fraktion ablehnen werde.

OB K l o p f e r meint, das Verfahren sei absolut in Ordnung. Ergänzungsanträge kämen doch oft erst im Rahmen der Fraktionssitzungen zustande. Inhaltlich führt er dazu aus, dass er sich aktuell nicht vorstellen könne, dass die Stadt Geld für ein Stadtteil-/Familienzentrum habe. Außerdem seien momentan noch ganz viele Fragen offen, u.a. zur Jugendarbeit und Schulsozialarbeit. Trotzdem schade ein solcher Prüfauftrag nicht. Er sei gespannt, was dabei heraus komme. Er stellt klar, oberste Priorität für die Stadtverwaltung habe ganz klar die Kinderbetreuung und die Schaffung von fünf Gruppen dafür.

Dekan U n s i n meint, maßgeblich sei zunächst die Zustimmung aus Rottenburg zum Neubau des fünfgruppigen Kindergartens. Schon im normalen Kindergartenbetrieb wolle man neue, ganz moderne und innovative Konzepte umsetzen und habe deshalb auch Flächen für Familienarbeit mit eingeplant. Er sieht bessere Chancen, wenn der neue Kindergarten in dieser Hinsicht „Pilotprojekt“ werde. Das strebe die Kath. Kirchengemeinde in den Verhandlungen mit der Diözese an. In Rottenburg müsse man den fünfgruppigen Neubau durchbringen und über das Finanzkonzept verhandeln. Ziel sei es, heute im Gemeinderat Zustimmung zum vorliegenden fünfgruppigen Konzept zu bekommen, damit der in Rottenburg für die Realisierung dieses Konzeptes und den Status „Pilotprojekt“ werben könne.

StR S o m b r u t z k i hält es auch am Wichtigsten, dass die fünf Gruppen realisiert werden. Das Thema „Pilotprojekt“ solle die Kirchengemeinde mit der Diözese prüfen und weiter vorantreiben.

EBM R e i n g r u b e r erklärt, wenn die fünf Gruppen kämen, wäre die sehr gut und ein Riesenschritt für die Nordstadt. Von weiteren Wünschen, auch gegenüber der Diözese rate er ab. Dass sich die Stadtverwaltung mit der Kath. Kirchengemeinde wegen der Zusatzkosten für die fünfte Gruppe verständigen werde, sage er zu. Wenn der Kindergarten von der Diözese den Status „Pilotprojekt“ bekomme, werde sich die Stadt der damit verbundenen Konzeption nicht verweigern.

OB K l o p f e r betont nochmals, klare Priorität für die Stadt habe, dass künftig fünf Gruppen für die Kinderbetreuung vorhanden seien.

StR N e h e r appelliert an die CDU-Fraktion, sie solle aufhören, immer alles zu kritisieren, was von einer anderen Fraktion eingebracht werde. Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion sei für ihn in Ordnung und man könne doch froh sein, dass er vorliege.

Nachdem es aus den Reihen des Gremiums keine weiteren Wortmeldungen dazu gibt, lässt

OB K l o p f e r zunächst über die beiden Anträge aus der Drucksache VSA 057/2012 abstimmen.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0
Befangen:	0

1. Kenntnisnahme von den Planungen der Katholischen Kirchengemeinde Schorndorf zum Neubau des Kindergartens St. Markus.
2. Zustimmung zur Aufnahme der Kosten für die finanzielle Beteiligung der Stadt am Neubau in die mittelfristige Finanzplanung.

Anschließend lässt OB K l o p f e r über den vorliegenden Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Der Gemeinderat s t i m m t diesem Ergänzungsantrag mehrheitlich (23 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen) z u und b e s c h l i e ß t damit:

3. Die Stadtverwaltung prüft gemeinsam mit dem Träger des Kindergartens St. Markus die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Konzeption des Kindergartens zu einem Stadtteil- und Familienzentrum Nordstadt.

Dekan U n s i n dankt dem Gremium für die Beschlüsse und Ideen. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit.

TOP 6 Innensanierung Stadtkirche

Entscheidung

OB K l o p f e r ruft die Drucksache VSA 058/2012 auf.

StRin R a p p und die StRe M ä c h t l e n und H ä r e r erklären für ihre Fraktionen, dass sie dem Zuschuss für die Innensanierung der Stadtkirche gerne zustimmen werden.

StR A k g ü n berichtet über die erfreuliche Freundschaft zwischen Ev. Stadtkirchengemeinde und Islam. Gemeinde. Vertreter der Schorndorfer Moschee wollten nach einer Spendensammlung innerhalb der islamischen Gemeinde eine Spende überreichen. Er sei sicher, dass eine schöne Summe zusammenkomme, aus Überzeugung und von Herzen.

OB K l o p f e r bedankt sich für diese Initiative. Dies sei ein toller Beweis für das gute Miteinander in Schorndorf. Anschließend lässt er über den Antrag aus der Drucksache VSA 058/2012 abstimmen.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0
Befangen:	0

Die Stadt Schorndorf beteiligt sich mit einem freiwilligen Zuschuss an der Innensanierung der Stadtkirche. Die gesamte Höhe des Zuschusses beträgt 300.000,- €, verteilt auf Teilbeträge zu je 100.000,-€ in den Jahren 2013 bis 2015.

TOP 7 Haushaltssatzung 2013 mit Haushaltsplan und Stellenplan, mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung sowie Wirtschaftspläne 2013 der Eigenbetriebe Stadtwerke Schorndorf Bäderbetriebe, Zentrale Dienste Schorndorf und Stadtentwässerung Schorndorf - 1. Lesung
– Haushaltsreden der Fraktionen

OB Klopfer ruft den siebten Punkt der Tagesordnung auf und bittet die Fraktionen, dieses Jahr in der Reihenfolge: FDP/FW, GRÜNE, CDU und SPD, ihre Haushaltsreden vorzutragen.

StR Erdmann trägt für die FDP/FW-Fraktion zum Haushalt 2013 vor:

„Das Jahr 2012 ist für Bund, Land und Kommunen ein Superjahr. Es stehen Rekord-Steuereinnahmen ins Haus. Trotzdem kommen der Bund und das Land Baden-Württemberg nicht mit dem Geld aus und gehen erneut weiter in die Verschuldung, die Stadt Schorndorf nicht. Es gibt in Deutschland kein Einnahmenproblem, vielleicht ein Verteilungsproblem, aber mit Sicherheit ein Ausgabenproblem. Hohe Einnahmen verleiten zu neuen Ausgaben, finanziert durch die Droge Steuern, Sie wissen ja, das ist das Ding mit den Schrauben zum Anziehen. Ursache der hohen Steuereinnahmen ist vorrangig die Konjunktur mit Binnenmarkt und Export. Die Industrie ist konkurrenzfähig und wird auch 2013 ff Zuwächse haben. Die Experten halten die Talsohle für erreicht und prognostizieren deshalb für das nächste Jahr noch ein Gesamtwachstum von 0,8 % und anschließend wieder stärkere Zuwachsraten. Nun gibt es aber in manchen politischen Parteien Leute, die den Handelsüberschuss der BRD mit Sorge sehen und in durch kräftige Lohnsteigerungen abbauen wollen, mit dadurch steigenden Kosten und deshalb geringeren Exportraten. So setzt man unseren Wohlstand aufs Spiel!

Die 2. Ursache für die extrem hohen Steuereinnahmen ist der Arbeitsmarkt. Die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit der Wiedervereinigung bedeuten höhere Einnahmen bei den Sozialbeiträgen und geringere Sozialausgaben. Die positive Beschäftigungsentwicklung darf nun nicht durch Flexibilisierungseinschränkungen bei Leiharbeitern und flächendeckenden Mindestlöhnen gefährdet werden (ich rede keinen sittenwidrigen Löhnen das Wort, die bereits heute unzulässig sind) Es darf auch keine Aufweichung der Hartz IV-Regelung und keine Abschaffung der 400-Euro-Arbeitsverhältnisse geben, wie es manchen Politikern vorschwebt, sonst wird die Konjunktur gefährdet und die Chancen von Langzeitarbeitslosen am Arbeitsmarkt schwinden.

Nun zu den Einnahmen der Stadt Schorndorf. Saldierte Einnahmeverbesserungen von über 4 Mio. für 2012 und eine weitere Steigerung für 2013, lassen den Kämmerer strahlen und dies alles auf einer verlässlichen Datengrundlage durch den Haushaltserlass für 2013. Durch die aktuelle Novembersteuerschätzung werden sich die Einnahmen für das nächste Jahr noch weiter verbessern.

Erfreulich ist dadurch ein weiterer Schuldenabbau und der erneut mögliche Verzicht auf eine Kreditaufnahme in 2013. Die in den Folgejahren notwendigen Investitionen verursachen dann von 2014 - 2016 wieder eine Neuverschuldung durch die entsprechende Kreditaufnahme.

Wir stehen zu den geplanten Investitionen z.B. bei den Schulen, der Kinderbetreuung und dem Sport- und Freizeitpark in den Remsauen.

Nicht gut finden wir die Personalkostenerhöhung um 5,57%. Beamte statt Angestellte bedeuten auf längere Sicht eine Ausgabenerhöhung und persönliche Referenten für die Bürgermeister haben sicher auch Vorteile, bringen aber zunächst nur höhere Kosten. Natürlich wissen wir, dass mehr Kinderbetreuungsplätze auch höhere Personalkosten mit sich bringen, dies macht aber keine 5,57% aus. Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie die Planung mit einer Personalkostensteigerung von 3% für 2013 und 2% für die folgenden Jahre einhält!

Selbstverständlich kann man in jedem Haushaltsplan Positionen finden bei denen man sich fragt „muss das sein“. Wichtiger als die Suche nach dem letzten Euro ist für uns die eingeschlagene Richtung, die Strukturen stimmen, dies können wir der Verwaltung bestätigen. Die wichtigen Bereiche Infrastruktur, Bildung, Sport, Kultur sind ausgewogen und entsprechen auch unseren Vorstellungen und Wünschen. Einen speziellen Wunsch haben wir aber doch. Dies wäre eine raschere Umliegung des Baugebiets „Obere Straßenäcker“ als Voraussetzung für eine frühere Erschließung, genauso für die

Gewerbegebiete "Hammerschlag" und "Robert-Bosch-Straße". Wir benötigen Bauplätze für Einfamilienhäuser und ganz dringend Gewerbeflächen. Nachdem die Verwaltung eine zügige Bearbeitung zugesagt hat, verzichten wir auf einen förmlichen Antrag und verlassen uns auf die Zusage. Aus Kostengründen vertagen wir auch erneut den Antrag für den gewünschten Kreisverkehr "Grafenbergweg/B29 alt".

Ganz ohne Anträge geht es aber nicht. Wir beantragen die Fortführung des straßenbegleitenden Radweg nach Schlichten. Dieser neue Radweg musste im oberen Teil leider auf die linke Seite verlegt werden. Der dortige Anstieg ist zu steil und bei der Abfahrt Richtung Schorndorf ausgesprochen gefährlich. Aus diesem Grund wird dieser Radweg kaum benützt. Nachdem nun eine Verlängerung parallel zur Landstraße auch im oberen Teil machbar ist, beantragen wir diesen Radweg bis Schlichten durchzuführen. Dazu erwarten wir, dass die Verwaltung sich um einen Zuschuss beim Land bemüht. Es gibt dafür einen entsprechenden Topf. Wir hoffen natürlich, dass das Verkehrsministerium ein offenes Ohr für eine sinnvolle Radwegverbesserung hat.

Die städtischen Finanzen haben sich aus den genannten Gründen viel rascher erholt, als viele gedacht haben. Die FDP/FW-Fraktion erhoffte sich zwar ab 2013 eine Verbesserung der Finanzsituation, aber darauf gewettet hätten wir auch nicht. Vor 3 Jahren stand die Stadt mit dem Rücken zur Wand, es drohte Stillstand bzw. Rückschritt, man kann auch sagen die Zahlungsunfähigkeit oder eine Extremverschuldung. Vor diesem Hintergrund hat der Gemeinderat sehr schmerzhaft Beschlüsse gefasst. Auch wir haben für die Kürzungen im Kulturbereich und höheren Hebesätzen bei der Grund- und der Gewerbesteuer gestimmt. Auch die Verdoppelung der Parkgebühren haben wir im Paket mit den anderen Maßnahmen mitgetragen, allerdings mit der Zusage bei Erholung der Finanzlage alle "Grausamkeiten" auf den Prüfstand zu stellen. Mit dem Haushalt für 2012 haben zunächst die Kürzungen im Kulturbereich zurückgenommen und die zu hohen Parkgebühren korrigiert.

Nachdem für 2012 die höchsten Einnahmen zu erwarten sind, die die Stadt je hatte und in den Folgejahren weitere Steigerungen zu erwarten sind, müssen wir um glaubwürdig zu bleiben eine Reduzierung der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer beantragen. Wenn nicht jetzt, wann dann! Natürlich wird der Kämmerer die kommenden großen Investitionen auflisten, die dies aus seiner Sicht nicht zulassen und vermutlich wird auch einem Teil des Gemeinderats der Mut fehlen und diese Bedenken teilen. Wir tragen den großen Investitionen insoweit Rechnung, dass wir keine vollständige Rückkehr zu den alten Hebesätzen beantragen, sondern den Aufgaben angemessen, jeweils um 10 Punkte, also die Grundsteuer B von 450 auf 440 Punkte und die Gewerbesteuer von 400 auf 390 Punkte. Wir wollen damit ein Zeichen setzen, dass wir bei hohen Einnahmen auch wieder Steuern zurückfahren und unser Wort halten. Bei der zu erwartenden Erhöhung der Rücklage ist dies für den städtischen Haushalt verkraftbar. Natürlich gewöhnen sich Verwaltung und Gemeinderat an hohe Hebesätze, der Steuerzahler aber nicht. Zu hohe Steuern belasten die Wirtschaft, also Handel, Handwerk und die Industrie. Auch Mieter profitieren von einer Grundsteuersenkung, da sie zu einer Mietminderung oder den Verzicht auf eine anstehende Mieterhöhung bedeuten kann. Wir halten dies in Anbetracht der sehr stark gestiegenen Energiekosten für alle Bürger für notwendig.

In unseren Nachbarstädten Aalen, Göppingen, Waiblingen und Ludwigsburg liegt die Grundsteuer mit 349, 370, 390, 360 Punkten deutlich unter unserem Hebesatz. Bei der Gewerbesteuer ist es noch mehr, mit Sätzen zwischen 360 und 365 Punkten. Auch unser Nachbar Schwäbisch Gmünd liegt mit 380 Punkten unter unserem Hebesatz. Schorndorf fällt mit seinen jetzigen Sätzen aus dem Rahmen, was der Wettbewerbsfähigkeit schadet.

Ich möchte auch der Meinung entgegenreten, dass die Gewerbetreibenden durch Freibeträge und Verrechnungsmöglichkeit mit der Einkommensteuer gar nicht betroffen sind. Dies trifft nur für Einzelunternehmen und Personengesellschaften zu. Im Übrigen haben wir dank Herrn Steinbrück immer noch eine mögliche Substanzbesteuerung, da selbst bei realen Verlusten ein Ertrag errechnet werden kann, da Mietkosten und Leasinggebühren hinzugerechnet werden. Dies zeigt überdeutlich, dass diese Steuer in der jetzigen Form abgeschafft gehört, aber dies entscheidet leider nicht der Gemeinderat der Stadt Schorndorf.

Wir haben uns "Arbeitsbeschaffungsanträge" für die Verwaltung gespart, also keine "Strukturuntersuchungen, Prüf- und Testanträge". Wir packen neue Aufgaben und eventuelle Defizite lieber direkt und konkret mit der Verwaltung an. Die FDP/FW-Fraktion ist, wie unserer Kämmerer, im Blick auf unsere Finanzen, optimistisch eingestellt. Wir werden bestimmt nicht leichtsinnig werden, einen wachen Blick auf die Ausgaben haben, möchten keine, über die Notwendigkeit hinausgehenden, ausufernden Kinderbetreuungskosten und hoffen auf eine vertretbare Lösung beim Burg-Gymnasium, die aber den Belangen der Schule gerecht wird. Bei einem Kostenrahmen von bis zu 20 Mio. eine große, gemeinsame Aufgabe.

Da die Verwaltung der Stadt Schorndorf, die Organisation, die Aufgabenaufteilung, die Finanzierung immer mehr in Tochterfirmen ausgelagert hat, ist auch eine Betrachtung dieser Tochterfirmen notwendig.

Zunächst die SWS

Sie ist gewohnt aktiv, eine feste Größe am Markt und immer bestrebt ihre Leistung zu optimieren, z.B. mit dem neuen Dienstleistungsangebot im Betreuungsbedarf. In der angebotenen Form sicher ein Alleinstellungsmerkmal. Wir brauchen die SWS für Sonderaufgaben, da durch sind schorndorfspezifische Lösungen möglich wie z.B. die Aufwertung der Unteren Kirchgasse mit einer Gebäuderenovierung, die Wohnbebauung an der Jakob-Degen-Straße und Panoramastraße zum Vorteil für das Krankenhaus oder die städtebaulichen Möglichkeiten durch den Kauf des Postgebäudes. Wir begrüßen auch die gute und wachsende Zusammenarbeit mit der Kreisbau, dadurch ist bei geringerem Risiko mehr machbar. Trotz den belastenden Sonderaufgaben wie die BKH, legt die SWS ein ordentliches Betriebsergebnis vor. Die FDP/FW.-Fraktion ist zufrieden. Aufgabenerfüllung geht vor Gewinnmaximierung.

Stadtwerke Schorndorf GmbH

Diese gewichtige Tochterfirma steht auch nach Abschluss der Sauna- und Freibaderweiterung vor großen Herausforderungen, z.B. sie muss die Teilortsstromnetze einbinden und damit gleichzeitig die Stromversorgungssicherheit für alle Schorndorfer Bürger erhöhen.

Unsere Teilortsbewohner haben nun die Möglichkeit, soweit nicht schon geschehen, Stromkunde bei den Stadtwerken zu werden. Es gibt nur Vorteile wie 100% Ökostrom aus Wasserkraft, faire Preise und die Garantie, dass der Ertrag in Schorndorf bleibt und zum Vorteil aller auch hier wieder investiert wird. Wir hoffen auf eine positive Reaktion in den Teilorten und natürlich in der Region.

Wir wollen keine weiteren Punkte aus dem Geschäftsbericht auflisten, aber deutlich machen, dass die Fraktion sich über die neuen Aufgabengebiete freut, der sich die Stadtwerke stellen und dadurch eine weitere Ertragssteigerung erzielen werden. Um die großen Herausforderungen stemmen zu können, wie z.B. den Stromnetzkauf, ist es allerdings notwendig den Gewinn in den Stadtwerken zu lassen und nicht an die Stadtkasse abzuführen.

Schulden der Stadtwerke sind rentierliche Schulden, was an der Ertragsentwicklung klar abzulesen ist. Es kann also nur heißen -weiter so!

Ein besonderes Highlight war natürlich die Auszeichnung "Bestes Freizeitbad Deutschlands".

Eine Auszeichnung an der viele Mitarbeiter ihren Anteil haben.

Neu im Reigen der Töchter sind die Zentralen Dienste Schorndorf-ZDS.

Sie haben eine wichtige Funktion und sind aus dem städtischen Alltag nicht mehr wegzudenken.

Mit den Herren Seuffer und Weger stehen 2 Pragmatiker an der Spitze, die sich zum Glück auch noch verstehen. Wir haben vielleicht alle beim Start die Hürden etwas niedriger gesehen und einen zu großen Optimismus bei der Zielsetzung an den Tag gelehnt, aber für die kurze Zeit wurde Beachtliches geleistet. Vermutlich werden wir bei der in den Raum gestellten Gewinnerwartung etwas mehr Geduld haben müssen. Wir werden sie haben.

Neben den Zentralen Diensten haben wir noch eine weitere Ausgliederung bekommen - die "Stadtentwässerung Schorndorf" -SES.

Dort sitzen jetzt die städtischen Schulden. Diese Tochter hat den Vorteil, dass sie kostendeckend arbeiten kann. Unter- oder Überdeckungen müssen immer ausgeglichen werden. Durch die saubere Trennung von anderen städtischen Aufgaben, ist eine exakte Kostenermittlung möglich, die die Basis für eine genaue Gebührenermittlung ist. Wenige Mitarbeiter bewegen bei dieser Gesellschaft große Beträge.

Die Stadt Schorndorf ist mit den Töchtern bzw. Eigenbetrieben gut aufgestellt. Dadurch ist eine bessere Transparenz und eine Kostenoptimierung möglich. Wichtig ist jedoch, dass im städtischen Haushalt eine Schuldenstandsübersicht des "Konzern Stadt Schorndorf" ausgewiesen wird. Wir begrüßen dies sehr. Nach dem "Bund der Steuerzahler" ist dies leider keine Selbstverständlichkeit in vielen Städten.

Ich komme zum Schluss.

Wie Sie bemerkt haben, konzentriert sich die Fraktion diesmal ganz auf eine maßvolle Reduzierung der Steuerlast. Wir hoffen natürlich auf die Unterstützung durch die anderen Gemeinderatsfraktionen. Ansonsten stellen wir keine finanzwirksamen Anträge.

Die FDP/FW-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für den informativen, gut gegliederten Haushaltsplan und vor allem für die offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Nur so kommen wir ge-

meinsam weiter. Nicht vergessen möchten wir den Dank an den Schorndorfer Steuerzahler, der ohne hörbares Murren, die Steuern, Gebühren und Abgaben trägt.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Anschließend spricht StR P e s c h für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2013:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nur Reiche können sich eine arme Stadt leisten. Um unsere Kommune voran zu bringen, brauchen wir ein handlungsfähiges Kommunalparlament. Die Grundlage dafür ist eine solide Haushaltsführung auf Basis von verlässlichen und ausreichenden Einnahmen. Wir wollen, dass auch unsere Kinder und Enkel noch Möglichkeiten zur politischen Gestaltung haben. Mit einer nachhaltigen Finanzpolitik müssen wir dafür die Grundlage schaffen. (Zitat Koalitionsvertrag Grün-Rot 09.11.2011)

Armut

Was liegt näher als zwei Wochen nach dem „Tag der Armut“ diese Haushaltsrede mit ein paar Gedanken über die Armut in unserem Land und Stadt zu beginnen. Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Konzerne erwirtschaften hier hohe Renditen, zahlen in Deutschland z.T. geringe Steuern und verschieben ihre Gewinne in Steueroasen. Der Wohlstand war noch nie so ungerecht verteilt. Noch immer halten sich Banken Staaten als Geiseln wie uns die Eurokrise vor Augen führt. Und während Kommunen Millionen Euro an Krediten aufnehmen müssen, wächst der Reichtum der reichsten Menschen dieses Landes unaufhaltsam.(das sogen. Zehntel) 16 Millionen Deutsche fühlen sich arm, d.h. jeder 5 . Deutsche ist lt. Statistik von Armut betroffen - Frauen trifft sie besonders häufig. Und jetzt bin ich wieder in Schorndorf, auch hier treffen wir auf Armut. Ein Lob an dieser Stelle an die zwei Schuldner-Berater. Sie machen einen wertvollen Job. Aber auch an den Tafelladen in der Grabenstraße. Das grösste Problem sind hohe Mieten, ist bezahlbarer Wohnraum. Hier muss - z.B. unter Beteiligung der SWS - entsprechend günstiger Wohnraum zur Verfügung gestellt werden.

Gartenschau 2019

Die Zeit unsere Beiträge zur Gartenschau zu planen und vor allem umzusetzen ist nicht mehr lange. Alle wissen, dass 6 Jahre nicht viel sind.

Die BürgerInnen müssen jetzt bereits in die Planung der Gartenschau 2019 einbezogen werden.

Dazu beantragen wir einen Pool in den alle jetzt bereits Ideen einbringen können.

Zudem beantragen prüfen, ob dieses Ereignis nicht der Startschuss sein könnte für einen Wiesel-Betrieb am Wochenende und von Wochenendfahrten sogar nach Welzheim.

Außerdem wollen wir, dass an der Remsbrücke während der Schau ein provisorischer Halt eingerichtet wird, der die Leute von der Remsbahn zum Sportpark bringt.

Geprüft werden muss auch, ob es nicht sinnvoll ist, jetzt bereits einen beschließenden Ausschuss zur Gartenschau einzurichten, da in Kürze erste Entscheidungen auch in finanzieller Hinsicht zu treffen sind.

Der Schlosspark und die Raible-Anlage müssen ebenfalls bis zur Gartenschau neu gestaltet werden.

2016 und 2018 sind beide Parkanlagen daher neu zu planen. Hierbei soll wieder die erfolgreiche Bürgerbeteiligung organisiert werden, wie beim Stadthallensee-Park. Mit den vorbereitenden Untersuchungen muss daher im kommenden Jahr begonnen werden.

Auch ein Radwegekonzept zur Anbindung des Sportparks an den Bahnhof und die Umlegung des Bauhofs sind im Zuge der Gartenschau-Vorbereitungen dringend anzugehen. Packen wir's an - die Gartenschau ist eine Chance grundlegende Strukturen neu zu schaffen und alte neu zu gestalten.

Radverkehr

Wir alle wollen Schorndorf zu einer fahrradfreundlichen Stadt machen. Den Radverkehr wollen wir im Rahmen einer nachhaltigen Verkehrspolitik aufwerten, nicht nur in der Freizeit, sondern auch als Verkehrsmittel im Alltag! Wir wollen das bestehende lückenhafte Radwegenetz attraktiver und sicherer machen und vor allem flächendeckend ausbauen. Hinzukommen muss eine einheitliche und durchgängige Beschilderung, eine bessere Verknüpfung von Rad und ÖPNV sowie sinnvolle Mindeststandards für sichere Radwege. Dazu gehört auch derselbe Winterdienst wie auf den Autostraßen! Wir haben ein hervorragendes Planwerk mit dem Namen „Radwegeplan“, das ca. 14 Einzelmaßnahmen auflistet, mit Gesamtbaukosten in Höhe von rd. 1,3 Mio. €. Die Lokale Agenda hat daran mitgear-

beitet. Unsere Fraktion fordert einen 10-Jahres-Umsetzungsplan! Denn jeder Euro, den wir in dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel investieren, bringt bessere Lebens- und Luftqualität!

Lassen sie mich bitte an einem Beispiel konkret werden: Schauen wir uns die Umgestaltung der Unterführung bei der vhs/Stadtwerke einmal an: Die optische Aufwertung wird anerkannt. Aber die Trennung von Radfahrverkehr und Fußgängern wurde leider nicht in Angriff genommen. Hier muss eine Lösung gefunden werden. Wir werden das im Verkehrsbeirat nochmal ansprechen.

Stadtbusse

Die Buslinien werden umstrukturiert. Die sogenannten Stadtrundfahrten haben ein Ende, moderne Durchmesserlinien erobern unsere Stadt. Wir freuen uns, dass wir dies mit Bürgerbeteiligung auf den Weg gebracht haben. Sie alle wissen, wie wichtig das Fördern des Umsteigens vom individuellen Kraftfahrzeug zum Bus ist, besonders im Hinblick auf den ungebremst voranschreitenden Klimawandel und das Waldsterben. Wir hoffen, dass die Verwaltung in den nächsten Jahren weitere Mosaiksteine eines modernen Stadtbussystems wie z.B. elektronische Fahrzeiten-Tafeln, behinderten- und seniorengerechte Stadtbusse, etc. in Angriff nimmt.

Interkommunale Zusammenarbeit

Die Zeiten der Eigenbrödler sollten eigentlich vorbei sein: Interkommunale Zusammenarbeit hat Zukunft. Warum richten wir keinen (neuen) Bauhof ein, der mehrere Kommunen versorgt und alle davon profitieren. Dann wäre der neue fast 300.000,00 € teure Unimog nicht mehr nur zu 60 % ausgelastet sondern würde wirtschaftlich Schnee räumen und Straßenränder mähen. Beispiele gibt es bereits: mit Hilfe des Regionalverbandes Stuttgart haben Ebersbach und Uhingen ein gemeinsames Gewerbegebiet realisiert. Und auch Ämter wie z.B. das Rechnungsprüfungsamt oder der Gutachterausschuss können interkommunal agieren. Winterbach, Urbach und Plüderhausen warten auf uns, packen wir's an!

Bienensterben

Vielleicht denken Sie was soll das jetzt – ein eigener Punkt zu diesem Rand-Thema.

Aber wir meinen, die Lage ist ernster als wir uns das vorstellen können.

Weltweit findet ein Bienensterben statt. Zum Teil wegen der Varoa-Milbe aber auch zum Teil wegen Pflanzengiften, die die Völker auf Dauer schädigen. In den USA werden die Völker zum Teil nur noch von kommerziellen Imkern herumgekartet um die Blüten gegen Bezahlung zu bestäuben. In China gib es bereits Gebiete, die so belastet sind, das dort keine Bienen mehr leben können und die Bäume von Hand mit Pinseln bestäubt werden müssen.

Einstein sagte bereits: "Wenn die Bienen verschwinden, hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben" und da ist was dran! Wir beantragen daher, dass die Stadtverwaltung eine Bestandsaufnahme über die gehaltenen Bienenvölker im Stadtgebiet macht und dem TA einen Plan vorlegt wie die Situation langfristig gesichert werden kann. Bekanntlich gibt es nicht mehr viele ImkerInnen. Und deren Nachfolge ist oft nicht sicher gestellt.

Der Bürgerhaushalt

Jetzt möchten wir etwas vorschlagen, das in den 80er Jahren in Amerika entwickelt wurde und sich in den 90er Jahren über die ganze Welt verbreitet hat, Tendenz steigend: der Bürgerhaushalt oder besser gesagt: der Bürgerbeteiligungshaushalt. Wir finden ihn z.B. in Stuttgart und in Erfurt.

Der Bürgerhaushalt ist ein direktes Beteiligungsverfahren zur jährlichen Aufstellung des städtischen Haushalts. Er findet jährlich statt, wird öffentlich publiziert und unabhängig analysiert. Die Intentionen und Umsetzungsmöglichkeiten hierzu sind vielfältig und stets eng mit der Landespolitik und deren gesellschaftlichen Bedingungen verbunden. Er eröffnet den BürgerInnen die Möglichkeit, auf die Verteilung der öffentlichen Mittel stärker als bisher Einfluss zu nehmen.

Im Blickpunkt des Prozesses steht die Gesamtstadt, mit ihren Einnahmen, Ausgaben (und Schulden). Im Mittelpunkt stehen die finanziell begrenzten Ressourcen der Stadt, sowie Ideen, Möglichkeiten und Alternativen zu bisher getätigten Ausgaben und Einnahmen.

Was sind nun die Argumente für den Bürgerbeteiligungshaushalt:

- Verständliche Übersetzung des Verwaltungsverfahrens („lesbarer Haushalt“)
- Stärkung der Problemlösungskompetenz, weit über die Verwaltung hinaus
- Jährliche Transparenz von Mitteln (Rechenschaft über Ausgaben)
- Entwicklungen, Probleme und Chancen in der Stadt werden von der Verwaltung komplexer wahrgenommen als bisher
- Dient dem Aspekt der politischen Bildung
- Mitgestaltungsmöglichkeiten für den Einzelnen

- Stärkung der Stadt-Identität (dient dem Allgemeinwohl)
- Verbesserung von Dienstleistungswegen

Und was ganz wichtig ist: Wir wecken bei den Menschen das Interesse für Kommunalpolitik, Politikmüdigkeit muss ein Ende haben. Die Erfolge der Bürgerbeteiligung bei den Themen „Windkraft“ und „Buslinienkonzeption“ sprechen doch für sich.

Jugendsozialarbeit an Schulen

Wir begrüßen, dass sich die Verwaltung um Studenten bemüht und wir wollen, dass noch mehr Praxisplätze zur Verfügung gestellt werden.

Hierdurch wird auch ein sinnvoller Praxisbezug für StudentInnen ermöglicht und die Stadt kann von der Arbeit und der Sichtweise junger Menschen profitieren.

Immobilien

Wir wollen, dass sich die Stadt von unnötigen Immobilien trennt und dafür in der Innenstadt lieber Objekte am Bahnhof von der Deutschen Bahn übernimmt und einer Rendite zuführt.

Der Haushalt ist langfristig von Ballast zu befreien, der keinen Sinn mehr macht.

Windkraft

Wir Grüne sind gegen die Aufstellung von Windrädern, wenn

1. die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist, also nicht genug Wind weht und
2. die erforderlichen Abstände zur Wohnbebauung nicht eingehalten werden.

Generell sind wir im Zeichen des grünen Wandels Befürworter dieser regenerativen Energieform.

Wir stehen zur Energiewende. Auch in Schorndorf. Wir sind der Ansicht, dass die Akzeptanz in der Bürgerschaft wichtig ist. Ängste und Zweifel der Menschen müssen ernstgenommen werden.

Wenn dann die Menschen als Genossen von den Bürgerwindanlagen ihre jährlichen Zahlungen erhalten, werden wir sie als unsere Windräder ansehen und die Akzeptanz wird steigen.

Und wir hoffen, dass wir mit den geplanten 4 - 5 Windrädern unseren Beitrag zur Energiewende leisten können.

Finanzen

Der Haushalt 2013 mit seiner Nullverschuldung ist angemessen, wenn wir die guten Einnahmen zur Zeit betrachten. Ich möchte aber daran erinnern, dass dies nur mit der Auslagerung der Stadtentwässerung, der Bäder und anderer Sparten möglich war.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir trotzdem für die Risiken haften, die unsere Töchter eingegangen sind; wie zum Beispiel die Unwägbarkeiten im Hallenbad.

Wir wollen, dass die Finanzplanung auch in 2014 und den folgenden Jahren mit Nullverschuldung fortgeführt wird. Es kann nicht sein, dass wir schon wieder neue Schulden planen wo wir jetzt endlich auf den grünen Zweig gekommen sind. Der Finanzplanung ab 2014 können wir daher nicht zustimmen.

Aber diesem Haushalt stimmen wir zu, da er ausgeglichen ist und hoffen dass es mit gemeinsamen Anstrengungen aller gelingt auch die zukünftigen Haushalte auszugleichen.

Vielen Dank.“

Für die CDU-Fraktion hält StR S o m b r u t z k i die Rede zum Haushalt 2013:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates.

Die Verwaltung hat bei der Einbringung des Schorndorfer Haushalts für 2013 den Vergleich zu einer Achterbahn gezogen. Insbesondere in Bezug auf die Reaktionen einiger Mitglieder anderer Fraktionen kann ich dies gut nachvollziehen. Wenn es bergab geht, fangen viele an zu jammern und zu schreien, wenn es hinaufgeht, genießen sie die Aussicht und vergessen die tatsächliche Situation. Und diese stellt sich redlicherweise wie folgt dar: Wir haben es mit gemeinsamen Anstrengungen und buchhalterischen Kniffen geschafft, den Schuldenstand im städtischen Haushalt auf 0 zu drücken. Die Schulden des Konzerns „Stadt Schorndorf“ inklusive der Eigenbetriebe belaufen sich zum 31.12. dennoch auf voraussichtlich 23,5 Mio. €, d.h. 600€ je Einwohner. Aber nur bei Rekordsteuereinnahmen, wie es derzeit der Fall ist, schaffen wir es, unseren städtischen Haushalt ausgeglichen darzustellen und ohne neue Schulden auszukommen. Nun kann man darauf stolz sein und sagen, die Grün-Rote Landesregierung in Stuttgart schafft ja nicht mal das. Doch das ist der Schorndorfer CDU-Gemeinderatsfraktion

und mir persönlich zu wenig. Unser Ziel ist es, möglichst auch in Zukunft ohne neue Schulden auszukommen.

Dies ist eine große Herausforderung für uns alle, denn unser Haushalt ist bei schwacher Konjunktur chronisch unterfinanziert und die mittelfristige Finanzplanung beabsichtigt selbst bei stabilen Steuereinnahmen die Neuaufnahme von Schulden. Sobald also die aktuelle Hochphase vorbei ist, wird das große Katzengejammer wieder einsetzen. Durch den auf uns zukommenden demographischen Wandel wird sich diese Konstellation im Lauf der Jahre noch zusätzlich verschärfen: Die Schere an Einzählern und Empfängern geht unaufhörlich auseinander und zusätzliche Aufgaben für Betreuung und Pflege im Alter kommen voraussichtlich auf die Allgemeinheit zu.

Verstärkt wird dies dadurch, dass vor uns ein Schönwetter-Haushalt liegt, der zahlreiche wichtige Zukunftsprojekte, die auf der Agenda stehen, in der mittelfristigen Finanzplanung überhaupt nicht berücksichtigt: Warum ist kein Betrag für die Baustelle Burg-Gymnasium aufgenommen? Was wird uns die Schulentwicklungsplanung kosten? Was ist mit der Verlegung des Bauhofs? uvm. Für eine ehrliche Betrachtung müssen diese Punkte Berücksichtigung finden und alle bereits geplanten Investitionen neu priorisiert werden.

Für eine ehrliche Betrachtung sind auch die angenommenen Ansätze bei der Gewerbesteuer mit Vorsicht zu genießen. Rund 17 Mio. € und das jährlich bis zum Jahr 2016 halten wir für sehr optimistisch. Erst in dieser Woche wurde über die Herbstumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft berichtet, die schwache Aussichten für das kommende Jahr voraussagt. Mindestens jedes vierte deutsche Unternehmen wolle im kommenden Jahr Arbeitsplätze streichen. Rund 20 Millionen Euro Gewerbesteuer zahlen die Schorndorfer Unternehmer in diesem Jahr in die Stadtkasse und bringen damit den größten Anteil an unseren Einnahmen. Und sie müssen den höchsten Hebesatz aller Kommunen im Rems-Murr-Kreis erbringen seit der Erhöhung im Rahmen der Haushaltsstrukturbeschlüsse des Jahres 2010. Damals hatten wir zugesagt, bei einer besseren Finanzlage hier die Schraube wieder zu lockern. Jetzt wollen wir unsere Leistungsträger mit einer Absenkung der Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte entlasten, damit sie auch im kommenden Jahr der konjunkturellen Abschwächung Luft haben für die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Bewerkstelligung von Investitionen. Wir beantragen zudem die Einrichtung einer dualen Studentenstelle im Amt für Wirtschaftsförderung, um diesem Bereich weitere Impulse geben zu können.

»Die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen«, gibt uns die Gemeindeordnung vor. Was sparsam ist, darüber gehen scheinbar die Meinungen der einzelnen Fraktionen und der Verwaltung auseinander. Wenn Sie, liebe SPD-Fraktion und liebe FDP/FW-Fraktion, sagen, sie wollen keine Schulden, gleichzeitig aber unzählige, vermeintlich notwendige Projekte durchwinken, dann ist das so, wie wenn Otfried Fischer sagen würde, ich fresse mich schlank. Man kann nicht redlich versprechen, wir kümmern uns um alles. Heute gilt es für eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik mehr denn je, Prioritäten zu setzen, festzulegen, was uns wirklich wichtig ist, und den Bürgern ehrlich zu sagen, was nicht solide finanzierbar ist, statt tagtäglich der Stadt neue Aufgaben und damit zusätzliche Ausgaben aufzuerlegen.

Und auch der Stadtverwaltung selber scheint aufgrund der momentan guten Situation der Sparwille verlorengegangen zu sein. Schon der griechische Philosoph Plato wusste: „Reichtum erzeugt Verschwendung, Trägheit und Neuerungssucht.“ Vielleicht hat der Oberbürgermeister fürs Jahr 2013 auch deshalb die Spendierhosen angezogen und im Vorgriff auf die OB-Wahl im Jahr darauf viele kleine Wahlgeschenkelein in den Verwaltungshaushalt einfließen lassen:

- Dem Partnerschaftsverein wird ein Darlehen erlassen: 1740€
- Verdoppelung des Zuschusses „Lokale Agenda“: 1000€
- Kinderfest „Bündnis für Familie“: 1500€
- Zuschuss Siechenfeldfest: 3000€
- Repräsentation, Tagungen, Besichtigungen: 6000€
- Partnerschaften, Auslandsbeziehungen: 5000€
- Betriebliche Gesundheitsförderung: 2000€
- AK demenzfreundliche Kommune: 2000€
- Neue blaue Uniformen für den Vollzugsdienst: 10.500€

Ich könnte viele weitere Mehrausgaben jeweils im vierstelligen Bereich aufzählen und anprangern. Ihre Antwort wäre mit Sicherheit, sich über solch Kleinlichkeit von uns lustig zu machen. Doch Kleinvieh macht auch Mist - allein die genannten Beispiele summieren sich auf über 30.000€. Dazu kommen größere Posten, wie z.B. 20.000€ für das Feld der Bürgerbeteiligung oder über 10.000€ mehr Verlust

beim Betrieb der Barbara-Künkelin-Halle, die so mir nichts, dir nichts in den Haushalt eingepreist werden. Ich habe mir die Entwicklung der Verluste bei der Barbara-Künkelin-Halle über die Jahre angeschaut. Vor 10 Jahren lag das Rechnungsergebnis hier noch bei rund 335.000€, im kommenden Jahr sind 441.500€ vorgesehen, was einem Zuwachs in dieser Zeit von über 30% entspricht!

Die Verwaltung hält sich also nicht mit Kleinlichkeiten auf. Während die investiven Ausgaben leider sinken, gönnt man sich beim Verwaltungs- und Betriebsaufwand im Entwurf insgesamt eine Steigerung von 7,33% gegenüber dem Rechnungsergebnis 2011. Und dies, obwohl die Sachausgaben der gesamten Abwasserbeseitigung durch Ausgliederung weggefallen sind. Dies waren per Saldo immerhin rund 1,25 Mio. Euro. »Man kann nicht Wohlstand schaffen, indem man die Lust zum Sparen nimmt«, sagte schon Abraham Lincoln. Um diese Lust und Kreativität in der Verwaltung wieder mit Nachdruck zu wecken, wollen auch wir nicht kleinlich sein und beantragen eine Minderausgabe in eben dieser Höhe. Wir wollen außerdem, dass wirklich etwas angespart wird für die Zukunft. Alle zusätzlichen Mehreinnahmen, die 2013 entstehen, sollen verpflichtend in unsere Rücklage fließen.

Sparen können wir uns auch das geplante Integrationskonzept in Höhe von 25.000€ sowie das interkulturelle Training von Beschäftigten der Stadtverwaltung, die mit Menschen mit Migrationshintergrund zu tun haben in Höhe von 3.500€. Bei den durchgeführten Projektwochen Vielfalt zeigte sich, was wir schon im Vorfeld befürchtet hatten: Wir verfehlen mit solchen Projekten größtenteils die Zielgruppe und schaffen vor allem keine nachhaltige Wirkung. Für die CDU-Fraktion führt nicht derartige Symbolpolitik zum Erfolg, sondern individuelle Förderung. Eines der besten Mittel zur Integration ist die deutsche Sprache. Hier gilt es, so früh wie möglich anzusetzen, am Besten in der Kinderkrippe und im Kindergarten. Das Geld ist für eine zusätzliche Sprachförderkraft dauerhaft besser angelegt.

Die Schulentwicklungsplanung wird uns im kommenden Frühjahr beschäftigen. Wir sollten allerdings nicht unnötig funktionierende Strukturen in Frage stellen, sondern uns viel mehr um eine Verbesserung aller Schulgebäude und der Ausstattung der Schulen kümmern. Hier können die Schulen auch mit ihren eigenen Budgets Schwerpunkte setzen - größere Haushaltsreste belegen allerdings, dass hier vielleicht manche Schulverwaltung Unterstützung braucht - für einen entsprechenden Bericht im Laufe des Jahres wären wir dankbar. Ebenso regen wir an, in diesem Zusammenhang über einen zentralen IT-Support als Dienstleistung für die Schulen nachzudenken. Dass sich an jeder Schule ein Lehrer als IT-Amateur individuell um Computer und Netzwerke kümmern muss, kann weder in Hinblick auf Kosten noch in Sachen Datensicherheit der beste Weg sein. Das Thema Ganztagesbetreuung und Schulmensa gilt es weiter im Blick zu behalten.

Insgesamt stellen wir heute rund ein Dutzend Anträge, um den Haushalt zu optimieren und das »Fahren auf Sicht«, wie es der Erste Bürgermeister immer so schön formuliert, in der nebulösen Entwicklung der Konjunktur in die richtige Richtung zu lenken. Die Titanic ist schließlich auch auf Sicht gefahren, die Richtung und Geschwindigkeit haben wie allseits bekannt aber nicht gestimmt. Statt steigendem Abmangel bei der Galerie für Technik fordern wir, die attraktive Location verstärkt für den Eventbereich zu nutzen. Wir stellen die Erweiterung des Bürgerbüros in Frage - bei der Diskussion um die Auflösung der Ortsteilrathäuser hatte die Verwaltung stets argumentiert, dass genügend Raum für diese Arbeitsplätze im Schorndorfer Verwaltungsgebäude sei. Warum dies jetzt nicht mehr der Fall sein soll, können wir nicht nachvollziehen. Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit regen wir bei anstehenden Neubeschaffungen den Einsatz erdgasbetriebener Fahrzeuge im städtischen Fuhrpark an. Diese erreichen beispielsweise bereits heute Anforderungen der kommenden Euro-6-Norm. Bei gleicher Leistung kann man gegenüber Dieselmotoren zudem etwa 30 % an Kraftstoffkosten sparen. Bevor in 2013 die Hetzelgasse saniert und neu gepflastert werden kann, bedarf es unserer Ansicht nach eines schlüssigen Pflasterungskonzepts für die Innenstadt. Das Seniorenforum hat hier zu Recht Handlungsbedarf angemeldet, wie zahlreiche Leserbriefe auf die therapeutische Empfehlung der verehrten Grünen-Landtagsabgeordneten Häffner belegen.

Unsere Vereine sind die tragende Säule für das bürgerschaftliche Engagement. Unzählige Menschen engagieren sich dort freiwillig im Kultur- oder Sportbereich, opfern ihre Zeit oder ihr Geld, um für andere da zu sein. Dafür gebührt den Menschen unser Dank, unser Respekt und unsere Anerkennung. Genauso wichtig ist aber auch eine adäquate finanzielle Unterstützung der Vereinsarbeit. Die CDU-geführte Bundesregierung hat jetzt weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht, um das Ehrenamt in Deutschland zu stärken. So wird die Übungsleiterpauschale von 2.100 Euro auf 2.400 Euro angehoben. Die Ehrenamtspauschale wird von 500 Euro auf 720 Euro erhöht. Honorare für ehrenamtliche Tätigkeit sind künftig bis zu dieser Höhe frei von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Aber auch wir als Stadt sind hier gefordert. Die letzte Fassung der Richtlinien zur Förderung der Schorndorfer Vereine stammt aus dem Jahre 2004. Die äußeren Umstände für die Vereine haben sich seitdem zum Teil drastisch verändert. Deshalb bedarf es jetzt einer Überarbeitung dieser Richtlinien.

Der Bereich der Kinderbetreuung ist für die CDU-Fraktion der Zukunftsfaktor Nr. 1 für die städtische Entwicklung. Ab dem 1. August 2013 haben Kinder im Alter von ein bis drei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kinderkrippe, einer Kita oder bei einer Tagesmutter. Es ist gut, dass Schorndorf die gesetzliche Quote erfüllen kann, für uns ist allerdings ein breites, familiennahes Angebot in guter Qualität der Maßstab. Am Dienstag hat der Bundestag die Vorlage von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder verabschiedet und zusätzliche Mittel in Höhe von rund 580 Millionen Euro für den Ausbau von Betreuungsplätzen bereitgestellt. Damit sollen etwa 30.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren entstehen. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, diese Mittel abzugreifen, um die kontinuierliche Weiterentwicklung der Kinderbetreuungsangebote in Schorndorf zu gewährleisten.

Der Bedarf ist da. Die Pläne der Katholischen Kirchengemeinde für den Kindergarten St. Markus haben unsere Unterstützung. Die Pläne für ein Kinderhaus am Stadtpark oder auch für ein Kinderhaus in Weiler müssen vorangetrieben werden. Die Sanierung bestehender Kindergärten muss angegangen werden. Auf dem Weg zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt in der Region Stuttgart gibt es noch viel zu tun - wir sind dazu bereit.

Abschließend möchte ich der Kämmerei und ihrem Chef Thorsten Englert danken für die Aufstellung des Haushalts. Transparent und anschaulich haben Sie uns allen diesen Haushaltsplan aufgeschlüsselt. Wir sehen das Amt auch im Hinblick Umstellung Doppik bestens aufgestellt und wissen unser Geld auch bei Achterbahnfahrten bei Ihnen in guten Händen.

Stabil, solide, ehrlich, verantwortungsbewusst, vorausschauend, generationengerecht, nachhaltig - so wollen wir als CDU Schorndorf in die Zukunft begleiten.“

Schließlich hält StR V ö l k e r die Haushaltsrede zum Planwerk 2013 für die SPD-Fraktion:

„Im Lukas-Evangelium wird im Kapitel 12 das Gleichnis vom reichen Kornbauern berichtet. Er hatte große Scheuern für seine Vorräte gebaut und zu sich selbst gesagt: „Liebe Seele, du hast einen großen Vorrat für viele Jahre angelegt. Habe nun Ruhe, iss, trink und habe guten Mut“.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

keine Angst, ich will jetzt keine Predigt halten, aber der Frage nachgehen: Was verbindet den Kornbauern mit Schorndorf? In der Tat ist der vorliegende Haushaltsplan für das Jahr 2013 kein Armutsbericht und gibt uns die unerwartete Chance Vorräte anzulegen. Aber im Gegensatz zu ihm, dürfen wir uns nicht ausruhen. Im Gegenteil: Das Bild der Achterbahnfahrt signalisiert, dass die Fahrt wieder nach unten geht. Aber eines ist schon bemerkenswert: In den 34 Jahren denen ich diesem Gremium angehöre, habe ich nie so hohe Gewerbesteuererinnahmen erlebt. In meinem ältesten Haushaltsplan von 1975, den mir mein Vorgänger Werner Schretzmeier vererbt hat, waren 6,5 Millionen Mark Gewerbesteuer geplant. Jetzt knacken wir in diesem Jahr womöglich die 20 Millionen Euro-Marke. Für Schorndorfer Verhältnisse die Spitze der Achterbahnfahrt. Aber kein Grund zum Übermut. Waiblingen erwartet doppelt so viel.

Die Handwerkskammer Stuttgart hat jüngst darauf hingewiesen, dass „die Zukunft sprunghaft ist“. Der konjunkturelle Abschwung zeichnet sich am Horizont bereits ab. Für unsere Finanzplanung bedeutet dies, dass wir nicht mehr darauf bauen können, dass uns eine gute Konjunktur unverhofft Mehreinnahmen in die Stadtkasse spült. Deshalb können wir die Hände nicht den Schoß legen, wie der reiche Kornbauer. Es heißt Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert. Zum Beispiel indem man die Einnahmen durch Steuersenkungen reduziert. Das ist falsch. Wir schieben schließlich hohe Investitionen vor uns her. Dafür brauchen wir Spielräume. Ich nenne als Beispiel nur die Sanierung des Burggymnasiums und die Veränderung der Schullandschaft.

Schorndorf hat in den letzten Jahren enorm viel Geld in die Kinderbetreuung investiert. Das war richtig und notwendig. Und auch im kommenden Jahr ist mit dem Kinderhaus Miedelsbach die Betreuung unserer Kinder ein Investitionsschwerpunkt. Die Situation hat sich deutlich entspannt. Es gibt derzeit sogar freie Plätze für unter Dreijährige. Deshalb können wir dem Rechtsanspruch ab 1. August auch ge-

lassen entgegensehen. Es kommt auf die tatsächliche Inanspruchnahme an. Und ich glaube nicht, dass Eltern plötzlich ihre unter Dreijährigen betreuen lassen, nur weil sie jetzt einen Rechtsanspruch darauf haben. Genau so wenig wie die Menschen im Mittelalter plötzlich nur noch auf den Brücken hin und her gefahren sind, nur weil der Brückenzoll abgeschafft worden war.

Investitionen in Betreuung und Bildung sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Aber sie sind nicht zum Nulltarif zu haben. Das sind laufende Kosten die unseren Personalhaushalt belasten. Die Personalausgaben erhöhen sich im nächsten Jahr voraussichtlich um 5,5 Prozent. Das hat auch damit etwas zu tun, dass die Verwaltung ihrer Verantwortung als Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb in besonderem Maße gerecht geworden ist. Insgesamt werden 19 Ausbildungsplätze angeboten. Das sind zehn zusätzliche Ausbildungsstellen. Dafür danken wir der Verwaltung ausdrücklich. Besondere Aufmerksamkeit gilt auch den drei neu geschaffenen Ausbildungsplätzen im Beruf „Erzieher“, der seit 2012 möglich ist und den Auszubildenden eine Ausbildungsvergütung gewährt. Dafür müssen wir die grün/rote Landesregierung loben, die das ermöglicht hat.

Wer trotzdem noch über hohe Personalausgaben bei der Stadt Schorndorf jammert, dem empfehle ich einen Blick in den Kennzahlen-Vergleich der IHK Region Stuttgart: Dort nimmt Schorndorf unter den 25 Großen Kreisstädten der Region den letzten Platz ein. Mit nur 402 Euro Personalausgaben je Einwohner.

In einer Gesellschaft, in der nur noch das zählt, was sich zählen lässt, können immer mehr Menschen nur mit besonderer Unterstützung überleben. Armut ist nicht abstrakt, sondern findet vor unserer Haustüre statt. Der Tafelladen der AWO leistet für besonders Bedürftige die Möglichkeit günstig Lebensmittel einzukaufen. In diesem Zusammenhang gilt unser ausdrücklicher Dank, den Unternehmen die Lebensmittel nicht wegwerfen, sondern dem Tafelladen zur Verfügung stellen. Die SPD unterstützt diese wichtige Arbeit mit Überzeugung und stimmt deshalb einem einmaligen Mietkostenzuschuss in Höhe von 6 000 Euro zu. Das ist gut angelegtes Geld. Denn wer das soziale in der Stadt stärkt, stärkt auch das Zusammenleben der Menschen.

Wir unterstützen auch den Antrag des Kulturforums. Mit der ersten Schorndorfer Klassiknacht und dem zweiten Straßentheaterfestival feiert das Kulturforum gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sein 25jähriges Jubiläum in unserer schönen Innenstadt. Eine tolle Idee. Wir freuen uns darauf und bedanken uns für die Kulturarbeit dieses einmaligen Schorndorfer Modells.

Am vergangenen Freitag hat sich die Verwaltung mit einem Helferfest bei denen bedankt, die mit über 60 Veranstaltungen die Projektwochen „Vielfalt in Schorndorf“ gestaltet haben. In unserer Stadt leben rund 4000 Menschen mit ausländischer Herkunft. Sie sind keine „Reichschmecke“, sondern gehören zu uns. Sehr beeindruckend konnte man das auch bei der Gestaltung des Volkstrauertages durch Schülerinnen und Schüler der Karl-Friedrich-Reinhard-Werkrealschule am Sonntag im Alten Friedhof spüren: „Menschen können in Frieden zusammenleben. Unsere Klasse ist ein gutes Beispiel dafür“ (die Schüler kommen aus 13 verschiedenen Ländern). Gerade deshalb dürfen nach Meinung der SPD-Fraktion die Projektwochen keine Eintagsfliege bleiben. Jetzt geht es darum, ein Integrationskonzept mit einer nachhaltigen Wirkung im nächsten Jahr auf den Weg zu bringen.

Das gilt auch für Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung für die erstmals 20 000 Euro im Haushalt bereitgestellt werden. Mit den ersten Erfahrungen bei den Projekten Parksee, Remspark und Windkraft ist Schorndorf in Sachen Bürgerbeteiligung auf einem guten Weg. Bürgermeister Ulrich aus Winterbach hat erst am Montag im Kreistag das Beteiligungsmodell in Sachen Windkraft als vorbildlich gepriesen.

Die Globalisierung und die rasanten Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnik prägen und verändern das Zusammenleben. Die Kommunen sind die Heimat der Menschen. Sie organisieren diese Heimat in demokratischer Selbstverwaltung. Aber: die kommunale Demokratie muss modernisiert werden. Durch frühzeitige und repräsentative Einbindung der Bürgerschaft in Entscheidungsprozesse. Damit meine ich nicht die ewig gleichen selbsternannten Bürgersprecher, die sich mit einer Aura der Legitimation umgeben, die sie gar nicht haben. Die SPD-Fraktion unterstützt die für echte Bürgerbeteiligung eingestellten Mittel ausdrücklich.

Auch wenn es manche nicht hören wollen, weil sie gegen das Projekt waren und ihm jetzt den Erfolg nicht gönnen: Unser Oskar-Frech-SeeBad ist ein Erfolg! Mit 310 000 Besuchern im Erlebnisbad und 100 000 Gästen in der Sauna wurden die Erwartungen weit übertroffen! Und auch der Ziegeleisee erweist sich nach der Umgestaltung als ein attraktives Freibad. 2013 beginnt für unsere Stadtwerke mit der Übernahme der Stromnetze in den Ortsteilen eine neue Ära. Mit millionenschweren Investitionen in die Netzentflechtung und für einen sicheren Betrieb dieser Stromnetze haben die Stadtwerke ihre Rolle

als Motor für die lokale und regionale Wertschöpfung gefestigt. Auch der parallele Aufbau eines modernen Glasfasernetzes stärkt sie als Dienstleister für die Energieversorgung und die Informations- und Kommunikationstechnik. Jetzt gilt es, mit diesen Pfunden weitere Kunden in den Ortsteilen zu gewinnen. Wir erwarten, dass sich die Stadtwerke auch als kooperativer Begleiter vom Auf- und Ausbau der Windkraft im Mittelbereich Schorndorf zeigen. Das gilt im Besonderen für die notwendigen Windmessungen, wo die Stadtwerke ihre Kompetenzen einbringen können.

Sehr geehrte Damen und Herren,
manches in der Kommunalpolitik wird schnell realisiert, anderes dauert länger. Zu letzterem zähle ich veränderte Angebote in der Bestattungskultur. Es gibt dazu einen eindeutigen Auftrag an die Verwaltung. Jetzt gibt es einen Planansatz von 100 000 Euro für gärtnerbetreute Gemeinschafts-Urnen-Gräber und Urnenstelen. Wir wollen aber noch zusätzliche Bestattungsmöglichkeiten Herr Stanicki. Sie werden deshalb auch eine Neukalkulation der Gebührensätze vorlegen müssen. Im Haushalt ist dies ja bereits angekündigt.

Vom Sterben komme ich jetzt zu unseren Anträgen von denen wir hoffen, dass sie eine breite Unterstützung finden und nicht von einer Mehrheit beerdigt werden:

1. Radwege: die SPD-Fraktion will den Ausbau des Radwegenetzes im nächsten Jahr weiter vorantreiben. Dazu beantragen wir die Erstellung einer Prioritätenliste inkl. Kostenschätzung, erforderliche Mittel sind ggf. im Nachtragshaushalt einzustellen.
2. Erweiterung Fußgängerzone: die SPD-Fraktion beantragt die Erweiterung der Fußgängerzone in der Johann-Philipp-Palm-Straße zwischen Archivstraße und Volksbank zu prüfen.
3. Wohnungsbau: die SPD-Fraktion beantragt den städtischen Mietwohnungsbestand durch die SWS bis 2020 von derzeit 400 auf 500 Wohneinheiten zu erhöhen.

Es ist übrigens ein gutes Zeichen und Ausdruck von weitgehender Zufriedenheit mit der Arbeit von Verwaltung und Gemeinderat, dass sowohl von den Fraktionen als auch von den Ortschaftsräten so wenige Anträge gestellt wurden. Ein Hinweis sei auf das Jahr 1984 gestattet: Damals wurden sage und schreibe 150 Anträge gestellt! Der Gemeinderat bestand allerdings auch aus 50 Mitgliedern

Ich komme jetzt zum Schluss:

Mein Dank im Namen der SPD-Fraktion gilt allen, die an der Erstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben. Vor allem Ihnen Herr Englert für die transparente Darstellung und Übersichtlichkeit.

Neulich habe ich den Hinweis eines Journalisten gelesen, der mit Blick auf die Finanzsituation mancher Kommunen in NRW eine Reise dorthin empfohlen hat „Wer Depressionen sucht, sollte nach Wanne-Eickel fahren“. Davon sind wir noch weit entfernt. Im Gegenteil: Schorndorf zählt zu den schönsten Städten in der Region mit einer hohen Lebensqualität. Bei meinen Daimler-Führungen bekomme ich von den Gästen laufend dafür die Bestätigung. Sogar eine Reisegruppe aus dem badi-schen Gaggenau fand Schorndorf wunderschön. Und es ist beeindruckend, wenn an einem Vormittag 250 Gäste unsere Stadt bevölkern. Die Menschen kommen gerne in unsere attraktive Stadt. Das ist auch das Ergebnis unserer Arbeit im Gemeinderat und in der Stadtverwaltung. Darauf können wir deshalb gemeinsam stolz sein.“

TOP 8 Teilsanierung und Ertüchtigung Brandschutz Künkelinrathaus

Entscheidung

OB K l o p f e r ruft die Drucksache TA 063/2012 auf.

BM S t a n i c k i erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Herr S c h u l t h e i ß , Amt für Gebäudemanagement, begründet warum welche Maßnahmen angewendet werden sollen und welche Qualitätsstrategie dahinter steckt. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei die Umbauphase natürlich mit Belastungen verbunden.

StR B e u t e l merkt seitens der CDU-Fraktion zwei Aspekte an: Zum einen sei die Notwendigkeit der Teilsanierung zwar unstrittig. Die gezeigten Bilder belegten das. Kritisch sehe man aber, dass diese Maßnahmen quasi „vom Himmel gefallen“ und deshalb nicht Bestandteil der mittelfristigen Finanzplanung seien. Aus diesem Grund werde sich seine Fraktion heute enthalten. Ihn interessiere noch, ob man bei den Techn. Rathäusern mit ähnlichen Überraschungen rechnen müsse.

StR A k g ü n meint, die Bilder, u.a. von den abgewetzten Fußböden zeigten, dass damals billig gebaut worden sei. Die Teilsanierung sei für die SPD-Fraktion wie vorgeschlagen in Ordnung. Es gehe hier auch um eine gute Servicequalität für die Bürger.

StR H o f e r bittet darum, dass man auch in allen Büros durchgehen und prüfen sollte, ob Maßnahmen notwendig seien. Der Fußboden sehe wirklich unmöglich aus. Bei Bedarf könne die Verwaltung ruhig einen Zusatzantrag stellen.

StR T h o m ä bezeichnet es als keine Seltenheit, dass bei solchen Maßnahmen wegen anderer Prioritäten nur eine „kleine“ Lösung realisiert werde. Was man hier auf dem Tisch habe, seien die Pflichtaufgaben. Er habe aber den Eindruck, dass die damit verbundene Belastung für die Mitarbeiter schon groß genug sei. Die einzelnen Büros sollte man aus seiner Sicht lieber -wo nötig- Zug um Zug richten.

StR D o b l e r fragt, ob anstelle von Glasfaserverkabelung die Alternative LWL-Kabel geprüft worden sei.

StRin P a g a n o bittet in der weiteren Planung dafür offen zu bleiben, ob es nicht eine Option wäre, das Bürgerbüro ganz zu öffnen, anstatt nur eine Brandschutztür in den Bestand einzubauen.

StR D r. K e i l merkt zur in der Drucksache genannten Option: Erweiterung des Bürgerbüros 2015 durch einen Anbau an, ob die dafür veranschlagten 400.000 Euro durch den Verkauf von Teilortsrathäusern refinanziert werden könnten. Er bezweifle das.

BM S t a n i c k i antwortet auf die gestellten Fragen, im Techn. Rathaus sei man mit der Erneuerung der EDV-Verkabelung bereits „durch“. Die Büros könne man im Zuge der laufenden Bauunterhaltungsmaßnahmen richten. Für das Bürgerbüro suche man auf alle Fälle eine großzügigere Lösung, schon weil die Aufnahme eines Pass-/Ausweisantrages heute drei Mal so lang dauere als früher.

Herr S c h u l t h e i ß ergänzt, auch in den Büros im Gebäude Archivstr. 4 bestehe Sanierungsbedarf.

Nachdem es aus den Reihen des Gremiums keine weiteren Wortmeldungen dazu gibt, lässt OB K l o p f e r über den Antrag der Verwaltung aus der Drucksache TA 063/2012 abstimmen.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	8
Befangen:	0

Zustimmung zur Teilsanierung des Bestandsgebäudes Urbanstraße 24

- Neuaufbau EDV-Netz
- Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen
- Sanierung der Flurbereiche EG - DG
- Sanierung des bestehenden Bürgerbüros zur Erhöhung der Servicequalität

mit Gesamtkosten in Höhe von 1,25 Mio. Euro.
(500 TEUR in 2013 / 750 TEUR in 2014)

TOP 9 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer Entscheidung
(Vergnügungssteuersatzung)

OB K l o p f e r ruft die Drucksache VSA 048-1/2012 auf.

Herr E n g l e r t, Kämmereiamt, erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Nachdem es aus den Reihen des Gremiums keine Wortmeldungen dazu gibt, lässt OB K l o p f e r über den Antrag der Verwaltung aus der Drucksache VSA 048-1/2012 abstimmen.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0
Befangen:	0

Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer
(Vergnügungssteuersatzung)

Aufgrund der von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) sowie §§ 2, 8 Abs. 2 und 9 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Stadt Schorndorf am 22.11.2012 folgende Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) in der Fassung vom 02.07.2009 beschlossen:

Herr B e i e r , Stadtplanungsamt, schildert den Sachverhalt gemäß der Drucksache.

StR M ä c h t l e n fordert namens der FDP/FW-Fraktion, den Bebauungsplan für das Flst. 1161/6 dahingehend zu ändern, dass zwei Stellplätze pro Wohnung nachzuweisen sind.

StR D o b l e r schließt sich für die SPD-Fraktion dieser Forderung an. Ansonsten werde man dem Antrag zustimmen. Er wünscht der SWS viel Erfolg für das Projekt.

Herr S c h m i d t , Städtische Wohnbaugesellschaft Schorndorf (SWS), führt aus, dass man derzeit von 40 Wohnungen auf dem Flst. 1161/6 ausgehe. Es seien rund 60 Stellplätze in der Tiefgarage und etwa 12 oberirdische Stellplätze geplant. Er empfiehlt für kleinere Wohnungen 1,5 Stellplätze und ab 4-Zimmer-Wohnungen 3 Stellplätze pro Wohnung.

StR E r d m a n n bittet darum darauf zu achten, dass nicht der Eindruck entsteht, die SWS werde bezüglich der Festsetzungen in Bebauungsplänen bevorzugt.

Herr B e i e r teilt mit, dass man oft eine Abstufung je nach Wohnungsgröße bei den nachzuweisenden Stellplatzzahlen habe. Er hält eine Abstufung von 1,5 Stellplätzen für Wohnungen bis 80 m² und 2,0 Stellplätzen für Wohnungen über 80 m² für durchaus sinnvoll.

Herr S c h m i d t bestätigt diese Abstufungen nach m² bei den nachzuweisenden Stellplätzen. Er weist darauf hin, dass auf diesem Grundstück aber nicht mehr als die bereits genannte Anzahl an Stellplätzen unterzubringen ist.

StR N i c k e l interessiert, wie viele der Wohnungen mehr als 80 m² haben werden.

OB K l o p f e r antwortet, dass die Tendenz zu eher größeren Wohnungen ginge. Er schlägt vor, den Bebauungsplan „Schecken-Urban“ (Planbereich 19/24) für das Flst. 1161/6 wie folgt zu modifizieren: Für das Flst. 1161/6 im Planbereich 19/24 „Schecken-Urban“ sind 1,5 Stellplätzen bei Wohnungen bis zu 80 m² und 2,0 Stellplätzen bei Wohnungen über 80 m² pro Wohnung nachzuweisen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt OB K l o p f e r zunächst über die von ihm vorgeschlagene Modifizierung für das Flst. 1161/6 im Planbereich 19/24 „Schecken-Urban“ von 1,5 Stellplätzen bei Wohnungen bis zu 80 m² und 2,0 Stellplätzen bei Wohnungen über 80 m² statt der im Antrag aus Drucksache TA 065/2012 vorgesehenen einheitlichen 1,5 Stellplätze pro Wohnung abstimmen.

Der Gemeinderat b e s c h l i e ß t mehrheitlich (29 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung): Für das Flst. 1161/6 im Planbereich 19/24 „Schecken-Urban“ sind bei Wohnungen bis zu 80 m² 1,5 Stellplätze und bei Wohnungen über 80 m² 2,0 Stellplätze pro Wohnung nachzuweisen.

Im Anschluss daran lässt OB Klopfer über die Anträge aus Drucksache TA 065/2012 abstimmen.

Der Gemeinderat beschließt unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Modifizierung der Stellplatzzahlen pro Wohnung einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	---
Stimmenthaltungen:	---
Befangen:	---

- a) Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes „Schecken - Urban“ (Planbereich 19/1) - rechtsverbindlich: 08.05.1970 - durch den Bebauungsplan und der Satzung über örtliche Bauvorschriften „Schecken - Urban“ (Planbereich 19/24) gem. § 2 Abs. 1 BauGB und § 74 LBO.
- b) Durchführung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung).
- c) Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie Unterrichtung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB.

Maßgebend für die Abgrenzung des Geltungsbereichs und den Inhalt des Bebauungsplanes mit Satzung über örtliche Bauvorschriften ist der zeichnerische Planentwurf mit den textlichen Festsetzungen des Stadtplanungsamtes Schorndorf vom 25.10.2012. Dem Bebauungsplan und der Satzung über örtliche Bauvorschriften wird die Begründung vom 25.10.2012 beigelegt.

TOP 11 Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit: Beratung
Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion

OB Klopfer ruft die Drucksache VSA 059/2012 auf.

Angesichts der fortgeschrittenen Uhrzeit (23.00 Uhr), beantragt die SPD-Fraktion eine Vertagung der Beratung und Beschlussfassung auf die Gemeinderatssitzung im Februar 2013.

Der Gemeinderat stimmt dem Vertagungsantrag einstimmig zu.

TOP 12 Umbesetzung Mitglieder Zweckverband Wieslauftalbahn
und Gemeinsamer Ausschuss der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schorndorf - Winterbach

Entscheidung

OB Klopfer ruft die Drucksache GR 031/2012 auf.

Ohne Diskussion beschließt der Gemeinderat einstimmig:

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder: 33
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten: 31
Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 0
Stimmenthaltungen: 0
Befangen: 0

Die Besetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Wieslauftalbahn und des Gemeinsamen Ausschusses der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schorndorf – Winterbach, wird mit sofortiger Wirkung entsprechend den Vorschlägen der FDP/FW-Fraktion wie folgt geändert:

	bisher	neu
Verbandsversammlung des Zweckverbandes Wieslauftalbahn	StRin Zobler - weiterere Vertreterin	StR Mächtlen – weiterer Vertreter
Gemeinsamer Ausschuss der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schorndorf – Winterbach	StR Hofer - ordentl. Mitglied StR Mächtlen - stellv. Mitglied	StRin Zobler – ordentl. Mitglied StR Hofer - stellv. Mitglied

TOP 13 Anfragen

„Little Bird“; Zwischenbericht

StR Sombrutzki fordert von der Verwaltung einen Zwischenbericht, wie das neue Anmeldeverfahren „Little Bird“ in der Praxis funktioniert und angenommen wird, einschließlich der aktuellen Anmeldezahlen.

EBM Reingruber sagt eine Information hierüber zu.

Nachdem keine weiteren Anfragen an die Verwaltung gerichtet werden, schließt OB Klopfer die öffentliche Sitzung des Gemeinderats um 23.06 Uhr.